HERZENSSACHE FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

SPD
FRIEDRICHSHAIN-
KREUZBERG

KOMMUNALES WAHLPROGRAMM 2021

Kontakt

SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

kreis-friedrichshain-kreuzberg@spd.de spdxhain spdxhain spdxhain

Wir sehen uns im Kiez

HERZENSSACHE FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

www.spd-friedrichshain-kreuzberg.de

KOMMUNALES WAHLPROGRAMM 2021

INHALT

STADTENTWICKLUNG, MIETEN, BAUEN, LIEGENSCHAFTEN 10

Stadtentwicklung und öffentlicher Raum: Sozialer Zusammenhalt, solidarischer und klimagerechter Bezirk 10

Wohnen/Mietenpolitik 12

Bauen 14

Liegenschaftspolitik 16

MOBILITÄT NEU DENKEN: SOZIALE GERECHTIGKEIT, MOBILITÄT UND KLIMASCHUTZ SINNVOLL VERKNÜPFEN. 18

Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende 19

Der ÖPNV muss ausgebaut und verbessert werden 21

Moderne und klimafreundliche Tramfahrzeuge und Busse 21

Motorisierter Individualverkehr 22

Senior*innen in einer sozialen und mobilen Stadt 22

UMWELTSCHUTZ UND KLIMASCHUTZ: FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG ZUM MUSTERBEZIRK EINES SOZIALEN, URBANEN UMWELTSCHUTZES MACHEN 23

BILDUNG 25

Unsere Kitas – Gute Bildung von Anfang an 25

Unsere Schulen – Gemeinsam besser lernen 26

SPORT IM BEZIRK – ZUKUNFT GESTALTEN 31

GESUNDHEIT, SOZIALES UND INKLUSION: FÜR EIN SOLIDARISCHES MITEINANDER OHNE BARRIEREN FÜR ALLE 33

Soziale Leistungen aus einer Hand – zentrale Anlaufstellen in Friedrichshain-Kreuzberg einrichten 33

Wohnungslosigkeit nicht hinnehmen: Wohnungsverlust verhindern, ganzjährig helfen 34

Prävention stärken, Betroffenen helfen und Drogenhandel eindämmen 35

Aufhören, Menschen zu behindern: Friedrichshain-Kreuzberg benötigt ein Inklusionskonzept 36
Friedrichshain-Kreuzberg: ein Bezirk auch für Seniorinnen und Senioren 38

MIGRATION & VIELFALT *39*
Unser Bezirk soll solidarische Kommune werden 39
Kommunales Wahlrecht und allgemeines Wahlrecht bei Volks- und Bürgerbegehren 40
Verwaltung und BVV konsequent interkulturell öffnen 40
Migrationsmuseum im Bezirk 41
Gastarbeiter*innendenkmal für unseren Bezirk! 41

GLEICHSTELLUNG *42*
Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf! 42
Paritätsgesetz jetzt! 42
Unterstützung von obdachlosen Familien und Frauen! 43
Mehr Unterstützung für Alleinerziehende! 43
Nein zu Gewalt an Frauen! 44
Aktive Inklusion 44

QUEER: QUEERES LEBEN IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG *45*
Lebensräume 45
Queere Generationenförderung stärken 45
Lern- und Sportstätten werden diskriminierungsfrei 46
Vielfältigen Sport ermöglichen und sichtbar machen 46
Clublandschaft – queere Schutzräume und Wirtschaftsfaktor 46
Sicherheit für queeres Leben 47

HAUSHALT UND VERWALTUNG *48*
Personal 48
Verwaltungsreform 48
Ämter für die Bürger*innen 48
Rekommunalisierung 49
Misswirtschaft beenden: Schwerpunkte setzen 49

WIRTSCHAFT STÄRKEN, ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN – FAIR UND SOLIDARISCH *50*
Gewerbeflächen erhalten und neue Gewerbeflächen schaffen 51
Start-ups fördern, Kleingewerbe unterstützen 51
Als Bezirk gute Arbeit schaffen und fördern 52
Bei Großprojekten die Bedürfnisse im Bezirk berücksichtigen 52
Die Verbindung von Schule und Wirtschaft stärken 52
Für einen guten Übergang von der Schule in das Arbeitsleben 53
Nachhaltigen Tourismus organisieren und gastronomische Monokulturen verhindern 53
Sozial- und Gesundheitswirtschaft und gemeinwohlorientierte Unternehmen fördern 54
Neue Perspektiven bei langer Arbeitslosigkeit 54
Gleiche Chancen – auch mit Migrationshintergrund 55

CLUBKULTUR: CLUBSTERBEN VERHINDERN – FREIRÄUME ERHALTEN! *56*
Soziale Bedeutung der Clubkultur 56
Wirtschaftliche Bedeutung der Clubkultur 57

KULTUR UND BILDUNG *58*
Künstler*innen 59
Bibliotheken 59
Musik- und Volkshochschulen 59
Gedenkarbeit 60

GEGEN RECHTS *62*
Kein Millimeter nach rechts 62

LIEBE FRIEDRICHSHAINER:INNEN,
LIEBE KREUZBERGER:INNEN,

bei den Wahlen am 26. September geht es auch darum, wer in den kommenden Jahren in unserem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg Verantwortung trägt, welche Dinge hier vorangebracht werden und welche nicht, wie sich unsere Kieze entwickeln sollen. Die SPD steht für eine transparente und verlässliche Politik. Unser Wahlprogramm für den Bezirk zeigt umsetzbare Schritte auf und nimmt die Menschen in allen Kiezen unseres Bezirks in den Blick.

Besonders wichtig ist uns, dass alle Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg wohnen bleiben können. Es braucht eine stärkere Regulierung der Wohnungs- und auch der Gewerbemieten. Hier muss der Bund mit mehr Einsatz die Bundesländern mit einem angespannten Wohnungsmarkt unterstützen. Aber auch wir können in Berlin und in Friedrichshain-Kreuzberg mehr tun. Unsere Devise ist daher: Preisgünstigen Wohnraum bauen, Wohnungen ankaufen, Mieten deckeln. Ohne Neubau, nur durch Regulierung im Bestand, werden wir das Problem nicht lösen.

Die SPD steht für einen starken Staat, der eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur sichert, der in diese investiert und alle Menschen bei den Angeboten berücksichtigt. Wir haben die Schulbauoffensive gestartet und so viel in unsere Schulen investiert wie nie zuvor. Das muss unbedingt weitergeführt werden. Wir werden in den kommenden Jahren immer mehr Schüler:innen haben und wir wollen diese nach der Grundschulzeit nicht in weit entfernte Bezirke schicken.

Wir brauchen leistungsfähige Bürgerämter, in denen man schnell einen Termin bekommt und mit denen man viele Dinge digital erledigen kann. Wir brauchen ausreichend Plätze und Angebote in den Kindertagesstätten, an der Volkshochschule und der Musikschule. Wir brauchen eine gut aufgestellte, gut ausgestattete serviceorientierte Verwaltung in allen Ämtern. Und wir brauchen eine Bezirkspolitik, die diese Verwaltung im Sinne gemeinsam verabredeter Strategien und Schwerpunktsetzungen steuert, statt sie für Politik nach Gutsherrenart einzuspannen.

Beim Thema Verkehr ist uns wichtig, mit einer klaren Strategie vorzugehen und nicht aktionistisch irgendetwas zu machen. Der Ausbau der Radinfrastruktur muss den Radfahrenden auch mehr Sicherheit bringen, das Geld muss für Maßnahmen in allen Teilen des Bezirks zur Verfügung stehen. Verkehrsberuhigung in den Wohnkiezen muss gemeinsam mit Abwohnenden und Gewerbetreibenden geplant werden. Eine Straße für einen zweistelligen Millionenbetrag umzubauen, wird den Menschen nicht reichen. Uns ist es wichtig, den Fußverkehr zu stärken und sicherer zu machen. Inklusion ist auch im Verkehr ein wichtiges Thema. Wir haben viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen. Bisher setzen sich eher Interessen einzelner Gruppen durch.

Friedrichshain-Kreuzberg ist bekannt und beliebt für seine lebendigen Kieze, für die Mischung aus Wohnen, Arbeit und Freizeit. Diese Mischung ist bedroht. Viele Läden, Handwerksunternehmen und produzierendes Gewerbe können sich die steigenden Gewerbemieten nicht mehr leisten und werden verdrängt. Damit gehen auch Arbeits- und Ausbildungsplätze im Bezirk verloren. Das muss sich ändern.

Der Schlüssel liegt hier beim Bund. Jedoch kann der Bezirk Gewerbeflächen vor Umnutzung in Wohnraum schützen und die Entwicklung von Gewerbeflächen in öffentlicher Hand selbst steuern. Die Potenziale sind hierbei noch nicht ausgeschöpft und viel zu oft knickt die Politik vor den laut artikulierten Einzelinteressen ein und schaut weniger auf das Gemeinwohl.

Die Lebensqualität im Bezirk ist auch bedroht durch zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raumes, durch Kriminalität an besonders belasteten Orten, durch Übernutzung und Fehlnutzung von Flächen. Es braucht nicht nur Regeln für unser Zusammenleben. Diese Regeln müssen auch eingehalten und kontrolliert werden.

Die Bezirkspolitik ruft mehrheitlich oft nach mehr Polizei und Ordnungsamt. Wenn es konkret wird, wird deren Präsenz und Einsatz dann schnell kritisiert. Es braucht mehr Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum und eine gute, vertrauensvolle Kooperation zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Polizei und Ordnungsamt. Und es braucht flächendeckend mehr Präsenz, Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit von Polizei und Ordnungsamt.

Ich trete als Spitzenkandidat der SPD in Friedrichshain-Kreuzberg an, um dieses Programm so weit wie möglich im Bezirksamt umzusetzen. Ich werbe um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für eine Politik für alle Kieze und alle Menschen.

Andy Hehmke

Spitzenkandidat bei der Wahl für die Bezirksverordnetenversammlung
und Kandidat für das Bezirksamt der SPD Friedrichshain-Kreuzberg

STADTENTWICKLUNG, MIETEN, BAUEN, LIEGENSCHAFTEN

STADTENTWICKLUNG UND ÖFFENTLICHER RAUM: SOZIALER ZUSAMMENHALT, SOLIDARISCHER UND KLIMAGERECHTER BEZIRK

Die Berliner SPD ist seit jeher die Partei der Mieter*innen und kämpft weiterhin dafür, dass Berlin eine Mieter*innenstadt bleibt. Wohnen heißt bleiben. In unserem Bezirk soll jede*r, unabhängig vom Geldbeutel, überall dort wohnen, wo er oder sie wohnen möchte.
Ein ausreichendes Angebot bezahlbarer Wohnungen ist Basis für eine gemischte Sozialstruktur in unseren Wohnquartieren, für ein soziales und solidarisches Miteinander diverser sozialer Gruppen allen Alters sowie unterschiedlicher Lebensformen. Wir nutzen konsequent und kompetent die rechtlichen Instrumente gegen Gentrifizierung und Vertreibung aus den Kiezen und setzen uns für Wohnungsneubau ein.
Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg will gemeinsam mit Kiez- und Stadtteilinitiativen an lebenswerten und solidarischen Kiezen arbeiten. Bei der Ausgestaltung der während der Coronazeit temporär eingerichteten Spielstraßen war diese Zusammenarbeit schon erfolgreich und ist ein Modell für weitere Ziele und Projekte. Der Straßenraum ist nicht den Autos vorbehalten, sondern soll der Mobilität aller sowie der Begegnung und dem Aufenthalt dienen. Der motorisierte Individualverkehr darf die Straße nicht beherrschen, sondern hat sich einzufügen. Vorrang bei der Gestaltung und Nutzung des Straßenraums sollen künftig Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen haben. Um dieses Ziel zu erreichen und die Mobilität aller zu unterstützen, ist die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs weiter zu erhöhen und das Tarifsystem wesentlich zu vereinfachen. Ein aktivistischer Kampf gegen das Auto ist nicht zielführend.
Kinder haben keine ausreichende Lobby bei uns im Bezirk. Wir wollen die Entwicklung Friedrichshain-Kreuzbergs stärker aus Perspektive der Kinder sehen. Deshalb werden wir einen Kinder- und Jugendcheck im Bezirksamt einführen, der alle geplanten Maßnahmen daraufhin bewertet, welche Auswirkungen sie auf Kinder und Jugendliche im Bezirk haben. Kinderrechte müssen nicht nur im Grundgesetz verankert werden, sondern auch in Friedrichshain-Kreuzberg praktisch durchgesetzt werden. Berlin und insbesondere Friedrichshain-Kreuzberg ziehen nach wie vor Menschen aus aller Welt mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen an. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich dafür ein, dass Freiräume für diverse Lebensstile bestehen bleiben, in denen Kreativität und künstlerisches Leben gedeihen und in denen sich eine florierende Kulturszene weiterentwickeln kann.
Als Bezirk müssen wir den Herausforderungen des Klimawandels begegnen. Daher müssen wir bei Stadtentwicklung auf klimaresiliente Kieze achten und den Herausforderungen des Temperaturanstiegs begegnen. Zudem benötigen wir in den Straßen mehr Bäume, die ein wesentlicher Bestandteil klimaresilienter Kieze sind.
Die SPD hat einen Mietendeckel vorgeschlagen und ihn durch die Koalitionsfraktionen modifiziert eingeführt, um die Mieter*innen in einem angespannten Wohnungsmarkt vor stark steigenden Mieten zu schützen. An dieser Maßnahme halten wir auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts fest und setzen uns als SPD Friedrichshain-Kreuzberg dafür ein, auf Bundesebene entsprechende Instrumente zu schaffen. Die SPD will nun auch einen wirksamen Mieter*innenschutz für Gewerbe und Einzelhandel durchsetzen, um die Mischung und Vielfalt unserer Kieze zu bewahren. Insbesondere in unserem Bezirk müssen wir die vielen Clubs, Kultur- und sozialen Einrichtungen besser schützen. Sie sind wichtige Orte für die Menschen im Kiez und in unserer Stadt.
Die SPD steht hinter den Mitarbeiter*innen der Verwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg, die motiviert und bürgernah ihren Dienst für die Bürger*innen im Bezirk ausführen.
Die Menschen in einer sozialen Stadt sollen sich angstfrei bewegen, ausleben und entwickeln können.

Lebensqualität der Kieze: Sauberkeit, Sicherheit, Aufenthaltsqualität

Saubere, sichere und inklusive Spielplätze

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich dafür ein, dass Spielplätze immer sauber gehalten und bei Bedarf sofort saniert werden. Jeder Spielplatz soll mindestens ein inklusives Spielgerät bereithalten, das von Kindern mit verschiedenen Einschränkungen genutzt werden kann. Wir fordern Spiel- und Bewegungsplätze sowohl für kleine Kinder als auch für größere Kinder und Jugendliche mit jeweils altersgerechten Angeboten in jedem Kiez. Auch Bolz- und Sportplätze im Bezirk müssen immer instand gehalten werden, damit Kinder und Jugendliche in jedem Kiez ein passendes Angebot und genug Platz an Sport- und Bewegungsmöglichkeiten haben. Die SPD setzt sich für eine bessere und häufigere Reinigung aller Spiel- und Bolzplätze ein und fordert mehr Personal zur Bewältigung der Aufgaben. Auch Spielplatzpatenschaften der BSR sind denkbar. In jedem Kiez soll es zudem mindestens einen Spiel- und einen Bolzplatz geben, der auch in den späten Nachmittagsstunden in der Winterzeit beleuchtet wird.

Lebenswerte Erholungs- und Grünflächen

Wir wollen, dass Parks und Grünflächen im Bezirk von allen Menschen genutzt werden können. Vor allem wollen wir eine zuverlässige und ausreichende Reinigung sicherstellen. Dazu müssen auch ausreichend große Müllbehälter vorhanden sein. Stark beanspruchte Parks und Stadtplätze müssen außerdem regelmäßig wiederhergestellt werden. Das bedeutet die Erhöhung der baulichen Unterhaltung. Nutzer*innenkonflikte müssen gelöst und Angebote für alle Nutzer*innengruppen geschaffen werden. Dazu gehört auch die Ausstattung mit ausreichend Sitzgelegenheiten. Gerade in der Zeit der Coronapandemie hat sich deren Bedeutung verdeutlicht. Außerdem sollten Naturerfahrungsräume und Angebote für Urban Gardening ausgebaut werden.

Öffentliche Plätze für Bewegung und soziale Interaktion

Wir wollen, dass der öffentliche Raum von allen Menschen genutzt werden kann. In den Stadtquartieren braucht es neben Spiel- und Bolzplätzen ein erweitertes Angebot an kostenlosen Orten des sozialen Austausches mit Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen wie Tischtennisplatten, Skateranlagen, Klettermöglichkeiten, Tische mit eingelassenen Schach- und Backgammon-Spielfeldern, Bewegungsspiele für Senioren (z.B. Trimm-Dich-Geräte, Balancierangebote) sowie Bänken. So wollen wir die soziale Interaktion, aktive Nachbarschaft und den Zusammenhalt im Kiez fördern. Auch für die unter der Coronapandemie leidende Berliner Club- und Open-Air-Kultur sollen öffentliche Räume zugänglich sein. Der Bezirk kann hier mit Sondergenehmigungen für coronakonforme Veranstaltungen unter freiem Himmel sorgen, um wichtige Schutzräume zu erhalten.

Urbane Sicherheit

Unser Verständnis urbaner Sicherheit verbindet soziale und persönliche Sicherheitsansprüche. Wir wollen, dass alle Menschen sich in unserem Bezirk sicher fühlen und selbstbestimmt leben können. Probleme und Konflikte wollen wir ohne vereinfachte Schuldzuweisungen gegenüber einzelnen sozialen Gruppen angehen, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist Grundlage für ein sicheres Zusammenleben im Kiez. Die Coronapandemie und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen dürfen nicht zu einer Verschärfung der Ungleichheit und Unsicherheit führen.
Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum des Bezirk erfordert intelligente Gewalt- und Kriminalitätsprävention, zum Beispiel durch bessere Beleuchtung an kritischen Orten. Gewalt und Kriminalität effektiv bekämpfen erfordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Bezirksverwaltung und Polizei, jedoch auch, dass die Menschen im Kiez als Expert*innen für ihre Nachbarschaft und ihr Wohnumfeld mit einbezogen werden. Alle Seiten müssen miteinander sprechen und an der Lösungsfindung beteiligt werden. Nur so kann eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Kiezen erreicht werden. Die SPD steht zu ihrer politischen Verantwortung, wir verharmlosen keine Probleme und ducken uns nicht weg. Dazu gehört, dass die Polizei Partner und nicht Gegner ist und von den Bürger*innen in ihrem Auftreten auch so wahrgenommen wird. Wir werden weiter mit der Polizei an Konzepten arbeiten, die Probleme im Kiez so sozialverträglich und im Miteinander wie möglich zu lösen. Dabei muss aber klar bleiben, dass das Gewaltmonopol nach wie vor beim Staat liegt.

WOHNEN/MIETENPOLITIK

SPD konsequent und kompetent auf der Seite der Mieter*innen

Wohnen heißt bleiben! Effizienter Schutz der Mieter*innen und ein ausreichendes Angebot bezahlbarer Wohnungen sind dafür die Voraussetzung – Grundstein aller sozialen Daseinsvorsorge. Die Wohnungs- und Mietenpolitik ist eins der wichtigsten Anliegen der Bürger*innen und eine enorme Herausforderung, gerade auch in Friedrichshain-Kreuzberg. Die SPD setzt sich für Mieter*innenschutz und für den Wohnungsneubau ein.

Bauen-Kaufen-Deckeln ist die Maxime der SPD. Wir kämpfen kompetent und konsequent gegen Verdrängung, explodierende Mieten und Profitgier von Spekulanten und Finanzinvestoren auf Kosten der Mieter*innen und sehen die maßvollen Teile der privaten Wohnungswirtschaft als potenzielle Partner bei der Beseitigung des Wohnungsmangels.
Gemeinwohlorientierung heißt für die SPD, dass wir uns wohnungs- und baupolitisch um die Bedürfnisse aller, insbesondere auch unterer Einkommensgruppen oder Wohnungssuchender kümmern und unsere Politik nicht vornehmlich die Partialinteressen von Klientelgruppen bedient. Dies gilt für den Wohnungsneubau wie für die Kommunalisierung von Wohnungsbeständen.
Die Weichen für eine mieter*innenfreundliche Wohnungs- und Baupolitik in Berlin und unserem Bezirk hat der SPD-geführte Senat schon in der letzten Legislaturperiode gestellt mit

- der Wiedereinführung der Wohnungsbauförderung,
- der Neuausrichtung der landeseigenen Wohnungsunternehmen,
- dem Kooperativen Baulandmodell,
- dem Verbot der Zweckentfremdung oder
- dem Erlass der Umwandlungsverordnung.

Die SPD auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene sorgte 2016 für den Stopp des Ausverkaufs des Dragonerareals durch die BIMA, für die Kommunalisierung des Neuen Kreuzberger Zentrums (Kotti/NKZ) und später weiterer Wohnungsbestände wie an der Karl-Marx-Allee. Die von der SPD geführte Senatsverwaltung für Finanzen organisierte den bedarfsgerechten und wirtschaftlich vernünftigen Einsatz von Landesmitteln für die Kommunalisierung von Wohnungsbeständen.

Konsequenter Mieterschutz und Vorkaufsrecht nutzen

Die SPD in Bund und Land hat mit der verschärften Mietpreisbremse und dem Mietendeckel wirksame Instrumente gegen Mietpreistreiberei durchgesetzt. Auch die Instrumente des Baurechts wollen wir weiter aktiv nutzen, insbesondere das kommunale Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten. Dafür muss das Bezirksamt ein Bündnis mit genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften schließen, um mit ihnen Förder-, Finanzierungs- und Verwaltungsmodelle zu erarbeiten und damit die Ausübung des Vorkaufsrechts- und die rechtlich gebotene Kommunalisierung sozialer und effizienter zu machen. Wir fordern seit langem mehr Milieuschutzgebiete im Bezirk. So kann der Schutz vor Verdrängung durch das Vorkaufsrecht ausgedehnt werden. Auf Bundesebene muss durch eine Gesetzesinitiative erreicht werden, dass das Vorkaufsrecht auch bei Share-Deals greift und sich am Ertragswert der Immobilie orientiert. Verkäufe zu Preisen deutlich über dem Verkehrswert, mit denen darauf spekuliert wird, dass das Bezirksamt das Vorkaufsrecht auch zu Höchstpreisen ausübt, müssen unterbunden werden.

Rechte von Mieter*innen stärken

Eine kostenfreie Mieter*innenberatung schützt die Mieter*innenrechte und Handlungsoptionen von Mieter*innen. Die Prüfung von Mietverträgen und Betriebskostenabrechnungen oder eine Unterstützung bei Diskriminierung im Wohnungsmarkt sind für viele eine große Hilfe. Der Ausbau solcher Beratungsangebote unterstützt vor allem Mieter*innen von profitorientierten Wohnungsunternehmen und marginalisierte, diskriminierungsbedrohte Wohnungssuchende. Bei kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften soll auf eine diskriminierungsfreie Wohnungsvergabe hingewirkt werden.

BAUEN

Friedrichshain-Kreuzberg verfügt nur noch über wenig größere Potenziale für den Wohnungsbau. Auf diesen Flächen ist – insbesondere geförderter – Wohnungsneubau für die SPD dringend, sinnvoll und sozial geboten. Der massive Nachfrageüberhang nach leistbaren Wohnungen im unteren Preissegment im Bezirk erfordert eine konsequente Prioritätensetzung für den Wohnungsneubau, auch wenn der Bezirk in den letzten Jahren durchaus hohe Genehmigungszahlen aufweisen konnte, überwiegend aber für private Projekte. Eigentümer*innen, die Baugrundstücke ungenutzt lassen, sollen durch Druck zu einer Bebauung gebracht werden. Dafür soll der Bezirk die vorhandenen rechtlichen Mittel ausschöpfen, wie z.B. das durch den Bund verschärfte Baugebot oder den Entzug von Baugenehmigungen. Damit wollen wir die langjährige Spekulation mit Baugrundstücken stoppen.
Die SPD will den Anteil der landeseigenen Wohnungen durch Neubau erhöhen. In den nächsten Jahren stehen wichtige Wohnbauprojekte vor der Entscheidung und Realisierung. Zusätzlicher Wohnraum wird z.B. auf dem Dragoner-Areal (500 Wohnungen, WBM u.a.), am Postgiroamt (leider nur noch 250 Wohnungen, DEGEWO), in der Alten Jakobstraße oder in den Wohnungsneubauprojekten der landeseigenen WBM in Friedrichshain-West entstehen. Für die SPD ist beim Wohnungsneubau und bei Nachverdichtungsprojekten die Sicherstellung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse mit ausreichenden Grün- und Kaltflächen, Schul-, Sport- und Spielplätzen unverzichtbar.
Die SPD fordert bei allen Neubauplanungen mehr Transparenz und eine frühe Beteiligung der Quartiersöffentlichkeit, Anwohner*innen und Betroffenen. Die Bedarfe an sozialer Infrastruktur und die Bedürfnisse Betroffener müssen für das Bezirksamt die Richtschnur sein für verbindliche Planungsgrundlagen und Vorgaben für die Investor*innen. Die konsequente Anwendung des kooperativen Baulandmodells ist unabdingbar für die Durchsetzung sozialer Infrastruktureinrichtungen wie Kitas, Schulen, Jugendfreizeit- und Senior*inneneinrichtungen.
Ziel bleibt, dass auf landeseigenen Grundstücken mindestens 50% mietpreis-und belegungsgebundene Wohnungen, vorzugsweise durch landeseigene Wohnungsunternehmen entstehen. Bei den Bauvorhaben privater Investor*innen werden wir dafür kämpfen, dass mindestens 30% der neu geschaffenen Wohnflächen mietpreis- und belegungsgebunden vermietet werden.

Dragoner Areal

Das Dragonerareal in Kreuzberg ist eines der bedeutsamsten Entwicklungsflächen in Berlins Innenstadt. Es war ein großer Erfolg der SPD in Bund, Land und Bezirk, dass dieses Grundstück nicht im Höchstpreisverfahren an private Investoren veräußert wurde, sondern vom Land Berlin erworben werden konnte. Dieses Areal muss nun gemeinwohlorientiert und städtebaulich anspruchsvoll entwickelt werden. Die Planungsvorgabe von 500 leistbaren Wohnungen und über 20.000 qm neuer gewerblicher Nutzflächen darf nicht unterlaufen werden.

Vorgesehene Flächen für die A100 zwischen nutzen

Wir sprechen uns weiterhin mit all uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Weiterbau der A100 aus.
In Friedrichshain gibt es zahlreiche Vorhalteflächen für einen möglichen Weiterbau der A100 wie Grundstücke südlich des Wasserturms am Ostkreuz bis Alt-Stralau oder der ehemalige Container- und Güterbahnhof Frankfurter Allee. Diese Flächen werden derzeit nicht oder suboptimal genutzt. Wir setzen uns für eine Beschleunigung der städtebaulichen Planungen und sinnvolle Zwischennutzungen (wie einen temporären Schulstandort, Sportangebote, Flächen für Kleingärten und Urban Gardening) ein.

RAW-Gelände zügig als Kunst-, Kultur- und Sport- sowie Gewerbestandort weiterentwickeln

Das Areal des ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerks Warschauer Straße hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu einem kreativen Standort der Sozio- und Subkultur entwickelt. Dies wollen wir erhalten. Wir setzen uns deshalb für die zügige Umsetzung der Planungsziele des Aufstellungsbeschlusses der BVV von 2019 ein: für Freiräume und bezahlbare Mieten für Kunst, Kultur und Sport sowie Kleingewerbe.
Die gemeinnützige Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE) als Treuhänder des Landes Berlin muss spätestens vor dem Beschluss des Bebauungsplans einen 30-jährigen Pacht- bzw. Mietvertrag mit den Grundstückseigentümern abschließen, um tragfähige Mieten für das soziokulturelle Zentrum und seine Nutzer langfristig zu sichern.
Die Kultur- und Fördergenossenschaft RAW Kultur L auf dem RAW Gelände in Friedrichshain unterstützen wir seit Anfang an.

Spreegrundstück der BEHALA in Kreuzberg als Wohn- und Gewerbestandort entwickeln

Das BEHALA-Grundstück an der Spree in Kreuzberg mit dem denkmalgeschützten Viktoriaspeicher gegenüber dem Ostbahnhof muss in den kommenden fünf Jahren fit gemacht werden für die Zukunft. Hier ist genug Platz für Stadtgrün, preiswertes Wohnen, soziale Einrichtungen und Kleingewerbe in Kreuzberg. Wir setzen uns dafür ein, dass die landeseigenen Gesellschaften BEHALA und die Wohnungsbaugesellschaft WBM das Grundstück gemeinsam entwickeln und damit auch endlich der öffentliche Uferweg an der Spree in diesem Bereich verwirklicht werden kann.

LIEGENSCHAFTSPOLITIK

Seit vielen Jahren kämpft die SPD Friedrichshain-Kreuzberg für eine neue, aktive Liegenschaftspolitik. Landeseigene Bauflächen dürfen nicht mehr verkauft werden und das öffentliche Immobilienvermögen im Bezirk muss vergrößert werden. Auf der Landesebene wurde in den letzten Jahren in Verantwortung der SPD eine aktive Liegenschaftspolitik etabliert und für Grundstücksankäufe die Berliner Bodenfonds GmbH gegründet. Unser Ziel ist es, dass alle bundeseigenen Flächen sowie Flächen der Bahn und bundeseigener Vermögen mit Entwicklungspotenzial in den kommenden Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg für das Land Berlin gesichert und landeseigene Flächen im Bezirk effektiv auf ihr Entwicklungspotenzial geclustert werden. Wir unterstützen außerdem Initiativen wie die Stadtbodenstiftung, die in Zusammenarbeit mit dem Bezirk und der Zivilgesellschaft langfristige Modelle für günstigen Wohnraum in Friedrichshain-Kreuzberg entwickeln und umsetzen.

Effizientes und rationales Verwaltungshandeln im Bauressort des Bezirksamts

Das Bezirksamt bemüht sich bei Defiziten im Verwaltungshandeln, schmerzhafte Lücken in der Bauleitplanung und Verzögerungen immer wieder mit „Personalmangel“ herauszureden. Wir wollen eine umfassende Bestandsanalyse der Personalausstattung und des Personaleinsatzes. Aktuell besteht eine unsachgemäß einseitige Ausrichtung der Aktivitäten des Baustadtrats auf „kooperative Partizipationsprozesse“, „gemeinwohlorientierte Bau- und Wohngemeinschaften“, angebliche „Modellprojekte zur genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Vorkaufsrechtsausübung“ usw. Für diese Ziele werden Personalressourcen und für die Beschleunigung des Wohnungsneubaus vorgesehene Finanzmittel gebunden bis zweckentfremdet, die somit für die konsequente Verfolgung der Einhaltung des Zweckentfremdungsverbots, der Umwandlungsverordnung, der Regelungen der Mietpreisbremse, des MietenWoGBln sowie weiteren Pflichtaufgaben der Verwaltung (z.B. vorbeugender Brandschutz) fehlen. Dies gilt auch für die Planung und Baurechtschaffung bei Neubauvorhaben. Das wollen und müssen wir ändern. Als SPD Friedrichshain-Kreuzberg setzen wir uns dafür ein, dass effizientes Verwaltungshandeln durch ideologisch begründete Vorgaben nicht weiter behindert wird. Wir wollen für einen bedarfsgerechten Personaleinsatz sorgen.

Baurecht und Sozialpflichtigkeit

Die meisten Baugenehmigungen im Wohnungsbau werden nach § 34 BauGB erteilt. Eine Sozialpflichtigkeit des Eigentums sowie die Beteiligung von Grundstückseigentümern und Investoren an den Folgekosten der städtebaulichen Entwicklung und urbanen Verdichtung werden dabei nicht berücksichtigt. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg will daher Änderungen des Baugesetzbuchs und des Steuerrechts erreichen. Unser Ziel ist, dass die bodenrechtlichen Instrumente des besonderen Städtebaurechts und das allgemeine Vorkaufsrecht auch bei Share-Deal-Grunderwerb gelten, der zudem grunderwerbsteuerpflichtig werden muss. Ertragssteuerrechtliche Ungerechtigkeiten bei Share-Deals sind zu beseitigen.
Wir wollen den § 34 BauGB mit einer Sozialkomponente ergänzen; die Städte und Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, bei Bauvorhaben nach § 34 einen Anteil an Sozialwohnungen zu fordern, eine für den sozialen Wohnungsbau zweckgebundene Ausgleichszahlung zu verlangen sowie eine Beteiligung an Infrastrukturfolgelasten. Wir streben die Einführung der „Innenentwicklungsmaßnahme“ (IEM) im Städtebaurecht an, deren Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit bei den in Friedrichshain liegenden früheren Bahnflächen (zwischen Warschauer Straße und Ostkreuz) deutlich wird.
Wir wollen eine Stärkung des sozialen Erhaltungsrechts (Re-Novellierung von § 172 BauGB auf den Stand bis 1998), damit Städte die Verdrängung von Mieter*innen und soziale Segregation wirksamer verhindern können, dabei eine Verschärfung des Umwandlungsverbotes durch Streichung von Ausnahmen, eine Verbesserung der rechtlichen Anwendungsbedingungen für die Ausübung kommunaler Vorkaufsrechte und die Erweiterung des preislimitierten Vorkaufsrechts.

MOBILITÄT NEU DENKEN: SOZIALE GERECHTIGKEIT, MOBILITÄT UND KLIMASCHUTZ SINNVOLL VERKNÜPFEN.

Wir wollen die Mobilität in Berlin neu denken. Der Klimawandel schreitet voran, die Straßen werden immer voller und viele Menschen wollen mehr Lebensqualität in den Städten. Daher wollen wir eine sozial und ökologisch gerechte Verkehrswende in Friedrichshain-Kreuzberg umsetzen. Das beinhaltet eine Neuverteilung des für Verkehr vorgesehenen öffentlichen Raums.
Unser Kernanliegen ist mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen und auch zum Verweilen zu schaffen. Unsere Kieze und Wohnbereiche in Xhain sollen verkehrsberuhigte und barrierefreie Zonen werden. Auch auf den Hauptstraßen soll der Verkehr reduziert werden. Alle Menschen sollen sich sicher und frei zu Fuß oder mit dem Rad bewegen können. Das Befahren der Kieze wollen wir vorrangig Anlieger*innen gestatten. Wir wollen den Lieferverkehr auf die Morgenstunden bzw. auf feste und einheitliche Zeiten beschränken.
Gerade für uns Sozialdemokrat*innen ist Mobilität auch eine Frage der Gerechtigkeit: Ärmere Bevölkerungsgruppen sind überproportional häufig von Emissionen der Autos betroffen (Lärm, Abgase, Feinstaub). Gleichzeitig sind vor allem wohlhabende Menschen in Berlin mit dem Auto unterwegs. Bisher ist ein großer Teil der für Verkehr vorgesehenen Flächen dem ruhenden oder fließenden motorisierten Individualverkehr vorbehalten.
Wir wollen sinnvolle Alternativen schaffen und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorantreiben. Ein gut funktionierender ÖPNV ist Voraussetzung für die Teilhabe aller. Wir brauchen eine Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsplanung, die sich nicht nur an den Stärksten im Straßenverkehr orientiert.
Verantwortung zu übernehmen heißt für uns als Sozialdemokrat*innen verlässlich und unnachgiebig dafür zu sorgen, dass alle Menschen in unserem Bezirk berücksichtigt werden.

Das haben wir erreicht:
- Verkehrsberuhigung des Samariterkiezes – kein Durchgangsverkehr mehr, erhöhte Schulwegsicherheit.
- Zusätzliche Fahrradabstellplätze gebaut, u. a. am Moritzplatz und an vielen Umsteighaltestellen.
- Parkraumbewirtschaftung zur Entlastung der Anwohner*innen zwischen Ostkreuz und Ostbahnhof ausgeweitet.
- Umbau der Warschauer Straße inklusive Radwegen auf beiden Seiten.
- Mehr Fahrten von stark frequentierten Bahn- und Buslinien im Bezirk.
- Das Ostkreuz erhält einen direkten Tram-Anschluss.
- Schulwegsicherung vor der Pettenkofer- und der Hausburg-Grundschule.

Das haben wir vor:
- Planung zur Verlängerung der M10 zum Hermannplatz vorantreiben, Verlängerung der M21 umsetzen.
- Alle S- und U-Bahnhöfe im Bezirk barrierefrei machen und die Sauberkeit und Sicherheit erhöhen.
- Bordsteinkanten absenken und Gehwegvorstreckungen ausbauen, Ampelphasen weiter an schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen ausrichten.
- Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur verbessern, um Konflikte zwischen Fußgänger*innen, Autofahrer*innen und Radfahrer*innen zu vermeiden.
- Schulwegsicherung weiterhin prioritär behandeln.
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung.

*MEHR SICHERHEIT FÜR FUSSGÄNGER*INNEN UND RADFAHRENDE*

Die meisten Wege in Friedrichshain-Kreuzberg werden zu Fuß zurückgelegt. Daher wollen wir sichere, barrierefreie und attraktive Fußwege fördern. Eine sozialdemokratische Verkehrspolitik hat immer auch die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen im Blick, d.h. ältere Menschen, Menschen mit geringem Einkommen, Kinder und Menschen mit Behinderungen. Wir wollen Fußwege so ausgestalten, dass für Fußgänger*innen maximale Sicherheit besteht und Wohnquartiere und Kieze zu Orten des Wohnens, Verweilens und Spielens werden – beispielsweise durch Fußgängerzonen und Spielstraßen sowie verkehrsberuhigte Zonen. Verkehrsberuhigung geht mit einer Erhöhung der Lebensqualität einher, daher sollten auch in verkehrsberuhigten Bereichen vermehrt Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Wir wollen um den Boxhagener Platz alle Straßen (außer der Grünberger Straße) an bestimmten Tagen für den Verkehr sperren. Auch im Bergmannkiez wollen wir eine entsprechende Verkehrsberuhigung erreichen. Schleichwege und Durchgangsverkehr in Wohngebieten wollen wir durch bauliche Maßnahmen unterbinden. Wir wollen darüber hinaus eine Verlängerung der Ampelphasen für Fußgänger*innen, damit auch mobilitätseingeschränkte, ältere Menschen und Kinder die Straßen ohne Hast überqueren können. Wir wollen mehr Personal im Ordnungsamt und der Polizei um Park- sowie Halteverstöße und Geschwindigkeitsüberschreitungen mit hinreichendem Kontrolldruck durchzusetzen. Schul- und Kitawege sollen sicher werden, vor jeder Schule und jeder Seniorenresidenz muss endlich Tempo 30 gelten.
Wir wollen eine bauliche Trennung der Geh- und Radwege im Bezirk vorantreiben. Deswegen wollen wir Radwege vom Bürgersteig auf die Straße verlagern, auch wenn dafür Parkplätze entfallen. Gehwege sind konsequent auf einer Laufbreite von zwei Metern freizuhalten. Abstellplätze für Fahrräder, Lastenräder und E-Roller sind auf die Straße zu verlagern, um eine sichere Fortbewegung zu ermöglichen.

Mehr Raum für Fahrradfahrer*innen durch durchgehende Radwege

Das ist ein zentraler Baustein für eine funktionierende Verkehrswende. Wir wollen auf allen Hauptverkehrsstraßen eine durchgehende Radspur. Diese sollen durch bauliche Maßnahmen von der Autospur getrennt sein, um so mehr Verkehrssicherheit herstellen zu können. Wo es notwendig ist, sollen dafür Parkplätze entfallen. Fahrradwege wollen wir so ausstatten, dass Radfahrende außerhalb des Türöffnungsbereichs neben parkenden Autos sicher fahren können. Des Weiteren wollen wir, dass sich Fahrradfahrer*innen sicher auf der Radspur überholen können. Bestehende Radwege werden untersucht, ob sie den Anforderungen des Mobilitätsgesetzes genügen. In Situationen, in denen der Radweg schmal und deswegen unsicher ist, aber überbreite Autospuren existieren, ist eine neue Markierung anzufertigen, die den Radweg verbreitert und eine schmale Autospur ausweist. Beispiele sind dafür die Lindenstraße oder die Großbeerenstraße (zw. Hagelberger und Kreuzbergstraße).

Ausbau und Umsetzung von Fahrradstraßen und Radschnellverbindungen

Darüber hinaus wollen wir Fahrradstraßen als Mittel zur Förderung nachhaltiger Mobilität weiter ausbauen. Beschlossene Fahrradstraßen wie die Revaler und Colbestraße wollen wir bis Ende der Legislaturperiode einrichten. Wir wollen die Einrichtung einer Fahrradstraße von der Mainzer Straße über die Modersohnstraße mit Anschluss zur Stralauer Allee zeitnah umsetzen. Sukzessive soll ein engmaschiges Fahrradstraßennetz entstehen.
Wir wollen die im Mobilitätsgesetz verankerten Radschnellverbindungen umsetzen. Alle Kopfsteinpflasterstraßen sollen fahrradfreundlich gestaltet werden, um ein Ausweichen auf die Bürgersteige zu vermeiden. Darüber hinaus wollen wir weitere Fahrradbügel einrichten. An S- und U-Bahnhöfen, wie am Ostkreuz und Kottbusser Tor wollen wir überdachte Fahrradparkhäuser einrichten.
Wir wollen Grüne Welle für Radler*innen. Auch der grüne Pfeil für Radfahrer*innen muss an geeigneten Kreuzungen schnell und unkompliziert geprüft und eingeführt werden.

Kieze den Anwohner*innen: Kein Durchgangsverkehr

Wir wollen eine Verringerung des Verkehrs in den Kiezen und auf den Magistralen. Wir begrüßen Anwohner*inneninitiativen, die die entsprechende Einrichtung von Kiezblocks und ähnlichen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen einsetzen. Wie in der vergangenen Legislaturperiode wollen wir eine Ausweitung der Verkehrsberuhigung in unserem Bezirk. Wir wollen auch eine höhere Blitzerdichte.

Neue Nord-Süd Verbindung schaffen: Brommy-Brücke wiederaufbauen

20 Jahre nach der Bezirksfusion fehlen weiterhin direkte Verbindungen zwischen den Stadtteilen Friedrichshain und Kreuzberg. Wir wollen daher den Neubau der ehemaligen Brommy-Brücke als Fußgänger*innen- und Fahrradfahrer*innenbrücke über die Spree vorantreiben. Wir wollen prüfen, inwieweit ein Fuß- und Radweg entlang der Spree umsetzbar ist.

DER ÖPNV MUSS AUSGEBAUT UND VERBESSERT WERDEN

Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Stärkung und zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wir wollen ein attraktives Angebot für alle Bürger*innen. Um die Teilhabe aller sicherzustellen, insbesondere auch für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen, wollen wir im gesamten Bezirk zusammenhängende und barrierefreie Wegenetze planen und umsetzen.

Bevölkerungswachstum abbilden: Taktzeiten von Bussen und Bahnen erhöhen

Mit der steigenden Einwohner*innenzahl in unserem Bezirks wächst auch der Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln. Dazu brauchen wir eine bessere Anbindung zwischen Friedrichshain und Kreuzberg, ein engmaschiges Netz von Verkehrsverbindungen und eine Erhöhung der Taktung. S- und U-Bahnen sollten zumindest während des Berufsverkehrs im 2,5 Minuten Takt verkehren. Auch die Taktung von Bussen und Straßenbahnen wollen wir verbessern.

Straßenbahnen M10 und M21 verlängern

Wir wollen den weiteren Ausbau und die Verlängerung von Tram-Linien, wie der Tram 21 von der Boxhagener Straße über die Holtei- und Sonntagstraße sowie das Ostkreuz zur Marktstraße bei einer mindestens 10-minütigen Taktung. Die Vorfahrt der Tram vor dem motorisierten Individualverkehr ist uns dabei ebenso wichtig.
Gleichzeitig wollen wir eine umfassende Verkehrsberuhigung und bauliche Umgestaltung der betroffenen Straßen, um die Lärm- und Verkehrsbelastung der Anwohner*innen so gering wie möglich zu halten. Wir wollen darüber hinaus die Verlängerung der Tram 10 von der Warschauer Straße zum Hermannplatz vorantreiben.

MODERNE UND KLIMAFREUNDLICHE TRAMFAHRZEUGE UND BUSSE

Wir wollen bei der BVG erreichen, dass in Friedrichshain-Kreuzberg als Bezirk mit der höchsten Verkehrsdichte bevorzugt alternative Antriebe zum Einsatz kommen.

Mehr Sicherheit und Sauberkeit an S- und U-Bahnhöfen

Wir wollen mehr Personal für Sicherheit und Sauberkeit in den S- und U-Bahnhöfen. Schwerpunkte für mehr Sicherheit und Sauberkeit sind die großen Umsteigebahnhöfe Warschauer Straße, Ostkreuz, Kottbusser Tor und Yorckstraße. Die Zugänge der Bahnhöfe zudem ebenfalls gut ausgeleuchtet und einsehbar sein.

Barrierefreier Ausbau des ÖPNV

S- und U-Bahnhöfe müssen durchweg über Lifte zugänglich sein. Die bestehende Infrastruktur zum barrierefreien Zugang muss regelmäßig gewartet und bei Ausfällen muss sofort gehandelt werden. Wir wollen die wieder errichtete denkmalgeschützte Fußgänger*innenbrücke am Ostkreuz mit Aufzügen an den Abgängen ausstatten. Auch Bus- und Tramhaltestellen sind ein notwendiger Baustein zu flächendeckender Barrierefreiheit. Wir wollen, dass der Umbau dieser Haltestellen im Bezirk Priorität erhält. Die Wege von und zu Haltestellen müssen barrierefrei mitgeplant und mitgedacht werden.

MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

Wir wollen die bereits beschlossene flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in Friedrichshain-Kreuzberg zügig umsetzen. Die Parkgebühren wollen wir erhöhen. Das gilt auch für die Gebühren für Parktickets in Zonen der Parkraumbewirtschaftung. Gebühren in den Zonen der Parkraumbewirtschaftung sollen rund um die Uhr erhoben werden. Parkplätze wollen wir vermehrt in Parkplätze für stationäre Carsharing-Angebote umwandeln.
Wir wollen ein Parkplatzmanagement im gesamten Bezirk etablieren. Dazu werden sowohl öffentlich als auch privat zur Verfügung gestellte Parkplätze erfasst. Ein elektronisches Parkleitsystem wird etabliert, um Parksuchverkehr zu reduzieren.

*SENIOR*INNEN IN EINER SOZIALEN UND MOBILEN STADT*

- Verlängerung von Ampelphasen
- Vor jeder Seniorenresidenz – analog zu den Schulen – Tempo 30
- Gehwege konsequent auf eine Breite von 2 Metern zu halten
- Kopfsteinpflaster auf Gehwegen (bei Hauseinfahrten) fußgänger- und senior*innenfreundlich gestalten
- Fahrräder, Motorräder, Leihfahrräder runter von den Gehwegen, zu Lasten von Parkplätzen
- Konsequente Ahndung von Falschparkern an Fußgängerüberwegen – gerade in Kreuzungsbereichen

UMWELTSCHUTZ UND KLIMASCHUTZ: FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG ZUM MUSTERBEZIRK EINES SOZIALEN, URBANEN UMWELTSCHUTZES MACHEN

Urbaner Umwelt- und Klimaschutz ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Wir setzen uns für eine an Klimaschutz und Umweltqualitätszielen ausgerichteten Entwicklung von Friedrichshain-Kreuzberg ein. Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik müssen ganzheitlich verstanden werden. Wir wollen eine umweltorientierte, sozialverträgliche, gesundheitsfördernde, ressourcenschonende und integrierte, aber urbane Entwicklung im Bezirk befördern. Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärmminderung, Ressourcenschutz und die Reduzierung des Flächenverbrauchs müssen entscheidende Kriterien für eine soziale und ganzheitlich konzipierte Stadtentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg sein. Den symbolhaften Aktionismus der vergangenen 20 Jahre wollen wir überwinden.

Nachhaltige und klimaschonende Mobilität zur Vermeidung von CO2 ist zentral, um den Klimawandel lokal zu bekämpfen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass Friedrichshain-Kreuzberg Vorkehrungen trifft, um sich an den Klimawandel und damit an steigende Temperaturen, Niederschläge und Hitzeperioden anzupassen.
Neben Anpassungen an den Klimawandel durch Flächenentsiegelung und -begrünung, nachhaltige Pflege der öffentlichen Grünflächen und des Baumbestandes, muss in Zukunft bei der Auswahl von Arten und Standorten sowie bei Neuanpflanzungen von Stadtbäumen gezielt auf deren Wohlfahrtsfunktion in Hinblick auf Alter, Klimakomfort und Lufthygiene geachtet werden. Unsere Grünflächen und Parks haben zudem eine hohe soziale Bedeutung. Sie ermöglichen Freizeitaktivitäten und bieten Naherholung, sie leisten einen Beitrag für Gesundheit und sozialen Zusammenhalt. Sie sind ein wesentliches Merkmal eines lebenswerten Bezirks. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg will deshalb qualitative, barrierefreie, fußläufig erreichbare und verkehrssichere Grün- und Freiräume für weniger mobile Menschen und für eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung sicherstellen. Um dies herzustellen, bedarf es einer sichergestellten und umfänglichen Reinigung, die das SGA nicht leisten kann. Parks und Grünflächen müssen deshalb ins Reinigungsprogramm der BSR überführt werden. Ebenso wollen wir die öffentlichen Nutzungsgärten, sogenanntes Urban Gardening, als gesellschaftliche Teilhabe und Inanspruchnahme des öffentlichen Raums erhöhen und stärken. Insbesondere die Pflege und das Gießen von Straßenbäumen kann in nachbarschaftliche Verantwortung in Form einer Baumpatenschaft übergeben werden. Bei Neupflanzung von Bäumen sollte der bereits vor langer Zeit getroffene BVV-Beschluss „Essbarer Bezirk" stärker in den Vordergrund rücken, ebenso Artenvielfalt und bienenfreundliche Pflanzungen.

Kleingartenanlagen sind für uns von besonderer sozialer Bedeutung – sie befriedigen das Bedürfnis nach Aufenthalt in der Natur und sind Orte sozialer Begegnung. Diese Anlagen sollen zukünftig auch öffentlich nutzbare Flächen wie Gemeinschaftsgärten integrieren und somit niedrigschwellige Angebote für Interessierte aus benachbarten Wohnkiezen bieten.
Um die Anforderungen des Klimawandels bei Neubauten und bei Gebäudesanierungen wirksam zu begegnen, braucht es zukünftig Strategien der energieeffizienten Gebäudekühlung durch Gebäudebegrünung, Dachbegrünung und dezentrale Regenwasserbewirtschaftung. Steuerungsinstrumente sind hier u.a. entsprechende Festsetzungen bereits in der Bauleitplanung, Unterstützung von Kooperationen, Informationsbereitstellung und Sensibilisierung.
Module in Aus- und Weiterbildung müssen angehenden und in der Berufspraxis stehenden Stadtplaner*innen und Ingenieur*innen zur Verfügung gestellt werden. Neue Formen der Wissensvermittlung ermöglichen hier einen effizienten und breit gestreuten Informationspool. Projektentwickler*innen müssen verpflichtend Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mitdenken. Bestehende Gemeinschaftsgärten wollen wir sichern und schützen. Stichworte sind hier u.a. höhere Reflexionsgrade von Gebäuden, Schaffung von Schattenplätzen, Ausgleich bei unvermeidbaren Versiegelungen, Verbesserungen des sommerlichen Wärmeschutzes, Unterstützung und Förderung der Entsiegelung, Versickerung von Niederschlägen soweit möglich auf dem Grundstück oder Ableitung über öffentliche Anlagen der Regenwasserbewirtschaftung. Vor allem der jetzige und zukünftige Baumbestand in Friedrichshain-Kreuzberg kann von einer konsequenten Regenwasserbewirtschaftung profitieren. Somit werden Trockenheits- und Hitzesterben der Bäume vermieden sowie Kalt- und Schattenplätze erhalten. Bäume wirken sich positiv auf die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in unserem Bezirk aus. Zudem werden wir uns für Modellprojekte zur Regenwassernutzung von hohen Dächern in Friedrichshain-Kreuzberg einsetzen.

BILDUNG

UNSERE KITAS – GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Gute Bildung von Anfang an ist der Schlüssel für eine gute Entwicklung von Kindern. Als SPD haben wir in den letzten Jahren massiv die Rahmenbedingungen für den Besuch von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege verbessert .

Das haben wir erreicht:
- Ausbau der Platzkapazitäten für den rasant anwachsenden Bedarf in Friedrichshain-Kreuzberg
- Aufbau von Qualität
- kostenfreier Besuch der Kita

Das wollen wir erreichen:
- Mehr Kitas für den Bezirk – Bauflächen für Kitas sichern
- Personal in den Kitas finanziell besser stellen
- erleichterte Kitaplatzsuche
- Kitazeiten ausweiten

Unsere Kitas brauchen Platz!

Kitas bauen, gründen, erweitern.
Auch in den nächsten Jahren steigt der Bedarf an Kitaplätzen. Die Tausende in den letzten Jahren neu geschaffenen Plätze in Friedrichshain-Kreuzberg decken nicht die Nachfrage. In unserem wachsenden Stadtteil fehlen inzwischen geeignete öffentliche Flächen, die sich für den Kitabau eignen. Wir fordern den Senat und die Bundesregierung auf, landes- bzw. bundeseigene Flächen für den Bau neuer Kitas zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei größeren Wohnungsbauvorhaben Flächen für den Neubau von Kitas und Schulen zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen die Errichtung betriebseigener Kitas fördern – nicht zuletzt im Sinne der Beschäftigten mit Kindern.

Unsere Kitas brauchen Personal!

Erzieher*innen ausbilden, höher qualifizieren, besser bezahlen.
Der Ausbau der Kindertagesbetreuung erfordert die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Erzieher*innen in ganz Berlin. Wir setzen uns dafür ein, dass auch hier die Rahmenbedingungen für die Ausbildung qualifizierten Fachpersonals verbessert werden und sich mehr junge Menschen für dieses Berufsfeld entscheiden. Dazu gehört für uns auch eine bessere finanzielle Perspektive für soziale Berufe, besonders für Erzieher*innen.
Dies gilt im besonderen Maße gerade für die Ausbildungsphase. Da sie häufig als schulische Ausbildung absolviert wird, haben viele angehende Erzieher*innen keinen rechtlichen Anspruch auf eine Ausbildungsvergütung und damit auf ein Gehalt in der

Ausbildungsphase. Das muss sich ändern, z.B. durch flächendeckende duale Ausbildungen mit fairer Vergütung von Anfang an und darüber hinaus. Nur mit besserer Vergütung in Ausbildung und Beruf lassen sich mehr Fachkräfte gewinnen und die Betreuungssituation in unseren Kitas weiter verbessern.

Unsere Kitas brauchen einen unkomplizierten Zugang!

Eine schnelle, leichte Anmeldung, standardisiert und gerecht.
Für viele werdende Eltern beginnt bereits während der Schwangerschaft die Odyssee der Kitaplatzsuche. Wer damit erst nach der Geburt des Kindes beginnt, hat häufig das Nachsehen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Trägern der Kitas einheitliche Regeln und Zeiten für die Anmeldung von Kindern in Kitas schaffen und ein bezirksweites zentrales Vergabeverfahren für Kitaplätze einführen – sowohl für öffentliche als auch für Kitas in freier Trägerschaft.

Unsere Kitas brauchen offene Türen, rund um die Uhr!

Kinderbetreuung auch in Randzeiten.
Immer mehr Eltern benötigen eine flexiblere Betreuung für ihre Kinder. Durch Veränderungen in der Arbeitswelt sind viele Familien darauf angewiesen, Betreuungsangebote in den sogenannten Randzeiten, also in den frühen Morgenstunden oder am Abend, ggf. auch über Nacht, in Anspruch zu nehmen. Unser Ziel ist es, in jeder der acht Bezirksregionen Angebote zu schaffen, das solche besonders flexiblen Betreuungszeiten ermöglicht.

Unsere Kitas brauchen Lernangebote!

Für Sprachförderung dort, wo es notwendig ist.
Kitas sind nicht nur Orte, an denen unsere Kinder betreut werden während die Eltern arbeiten sind, Kitas sind Lernorte. Wir setzen uns im Bezirk und in ganz Berlin dafür ein, Kitas zu Sprachförderorten für all jene Kinder weiterzuentwickeln, die diese Unterstützung besonders benötigen. So tragen wir dazu bei, dass nach der Kita die Bildungschancen am ersten Schultag für alle etwas gerechter verteilt sind.

UNSERE SCHULEN – GEMEINSAM BESSER LERNEN

Als Sozialdemokrat*innen sind wir der Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und zur Herstellung von Chancengleichheit ist. Jedes Kind hat ein Recht auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und die Vorbereitung auf ein erfolgreiches Berufsleben. Kein Kind darf zurückbleiben.
Deshalb brauchen wir Schulen, in denen die Kinder unseres Bezirks zusammen lernen und gemeinsam ihre Fähigkeiten entwickeln. Dabei dürfen Dinge wie die soziale und wirtschaftliche Lage der Familie, Herkunft, Geschlecht, Religion, Gesundheit und sexuelle Orientierung keine Rolle spielen.

Das haben wir erreicht:
- Mehr Raum! Mit der Berliner Schulbauoffensive von über 150 Millionen Euro massiv in bestehende und neue Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg investiert.
- Mehr Personal! Die Personalausstattung der Schulen mit mehr Verwaltungs-, Hausmeister- und sozialpädagogischem Personal deutlich verbessert.
- Sauberere Schulen! Schulreinigung deutlich verbessert und tägliche Zwischenreinigung aller Schultoiletten durchgesetzt.
- Besseres Essen! Qualität des Schulessens deutlich erhöht und Kostenfreiheit umgesetzt
- Alle mitgenommen! Bonusprogramm für Schulen fortgeführt zur Förderung von Lernerfolgen, unabhängig von der sozialen Herkunft
- Mehr Orte zum Abitur! Die Zahl der gymnasialen Oberstufen verdreifacht.
- Mehr gemeinsames Lernen! Die Zahl der Gemeinschaftsschulen verdreifacht.

Das haben wir vor:
- Mehr Schulen für Friedrichshain-Kreuzberg!
- Gründung von vier neuen Gemeinschaftsschulen
- Neubau für das Heinrich-Hertz-Gymnasium am Ostbahnhof und Umbau des jetzigen Standortes zur Grundschule
- Bauliche Erweiterung der Kurt-Schumacher- und der Otto-Wels-Grundschule sowie Umwandlung in Gemeinschaftsschulen
- Schaffung einer neuen Gemeinschaftsschule (Fusion Blumengrundschule mit Georg-Weerth-Schule)
- Temple-Gradin-Schule wird zur inklusiven Gemeinschaftsschule mit dem Schwerpunkt Autismus am jetzigen Standortes der Georg-Weerth-Oberschule
- Mehr Platz! Errichtung dauerhafter Ergänzungsgebäude an mehreren Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg.
- Mehr Digitalisierung! Umfangreiche Digitalisierung der Schulen und besserer technischer Support
- Abitur überall! Eigene gymnasiale Oberstufen für alle Integrierte Sekundarschulen. Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit pädagogischem Personal
- Schulreinigung wieder durch bezirkliches Personal.
- Stärkung der Begleitung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang in Ausbildung und Studium

Gutes Lernen braucht Raum!

Mehr Schulplätze in Friedrichshain-Kreuzberg schaffen.
Das Wichtigste ist, dass alle Kinder in unserem Bezirk die Möglichkeit haben, hier auch zur Schule zu gehen, und zwar über das Grundschulalter hinaus. In den vergangenen Jahren wurden in unserem Bezirk viele neue Schulplätze geschaffen. Der Schulplatzbedarf steigt in den kommenden Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg aber auch in der Sekundarstufe.
Mit der Berliner Schulbauoffensive hat der Berliner Senat auf Initiative der SPD hin ein riesiges Sanierungs- und Neubauprogramm gestartet. Wir befinden uns mitten in der Umsetzung. In den letzten fünf Jahren sind mehr als 150 Millionen Euro in die

Sanierung bezirklichen Schulen geflossen, im Durchschnitt ca. 3 Millionen Euro pro Schule. Hinzu kommen weitere Mittel für den Schulneubau.
Schulbau geht alle an! Wir haben in Friedrichshain-Kreuzberg ein vorbildhaftes Partizipationsmodell implementiert, in welchem wir die Schulen bereits im Vorfeld umfassend beteiligen und integrieren.

Neue Räume als moderne Lernorte gestalten!
Die SPD hat ein neues Raumprogramm zur verbindlichen Grundlage von allen Neubaumaßnahmen gemacht: Es orientiert sich an modernen Lernbedingungen und erleichtert Inklusion. Unsere Schulraumkonzepte ermöglichen individualisiertes und inklusives Lernen.

Gutes Lernen braucht Gemeinschaft!

Gemeinschaftsschulen stärken, ausbauen, fördern.
Das gemeinsame Lernen von der 1. Klasse bis zum Abschluss in Klasse 10 oder 13 ist das Ziel der Gemeinschaftsschulen. Denn gemeinsames Lernen ermöglicht gleiche Bildungschancen für alle Kinder und damit die Überwindung von Benachteiligungen in unserem Schulsystem. Die Berliner Gemeinschaftsschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie erfolgreich arbeiten und ein sehr wichtiger Teil unseres Schulsystems sind, denn sie tragen zu mehr Chancengleichheit bei und ermöglichen den Weg von der Einschulung bis zum Abitur – ohne Übergänge oder Schulwechsel!
Nach einer langen Pilotphase haben wir die Gemeinschaftsschulen als Schulform im Berliner Schulgesetz fest verankert. Aber wir haben sie auch gebaut:
Wir haben erreicht, dass nach der Carl-von-Ossietzky-Gemeinschaftsschule nun auch die Lina-Morgenstern-Schule und die Emanuel-Lasker-Schule Gemeinschaftsschulen mit einem durchgängigen Bildungsangebot von Klassenstufe 1 bis 13 sind.
Für weitere vier Schulen haben wir konkrete Planungen diese auszubauen und zu Gemeinschaftsschulen zu entwickeln.
In der Grundschule leisten die Erzieher*innen im Ganztag gute Arbeit. Wir setzen uns für eine Erhöhung des Hortpersonals und die Schaffung eines Verstärkungspools auch für Erzieher*innen ein, so dass bei Krankheitsausfällen der Ganztagsbetrieb nicht eingeschränkt wird.

Gutes Lernen braucht Perspektive!

Ein Weg zum Abitur an jeder Integrierten Sekundarschule!
Wir sind davon überzeugt, dass es richtig war, die Hauptschulen abzuschaffen und auf ein zweigliedriges Schulsystem umzustellen. Der Besuch der Integrierten Sekundarschule im Anschluss an die sechsjährige Grundschule eröffnet die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler sich auch noch später entscheiden können, ob sie nach der Erfüllung der Schulpflicht eine Berufsausbildung aufnehmen oder das Abitur machen wollen. Gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien ist es wichtig, dass sie sich im Verlauf ihrer Entwicklung noch entscheiden und Bildungschancen ohne Nachteil wahrnehmen können.
Deshalb wollen wir erreichen, dass jede Integrierte Sekundarschule einen Weg zum Abitur bietet. Entweder durch eine eigene gymnasiale Oberstufe oder eine Oberstufe im Verbund mit benachbarten Schulen.

Gutes Lernen braucht Vielfalt!

Individuelle Förderung an Gymnasien stärken.
Friedrichshain-Kreuzberg verfügt über sehr nachgefragte Gymnasien, die wir erhalten und besser machen wollen. Deshalb wollen wir, dass die Gymnasien besondere Unterstützung bei der Förderung schwächerer Schüler im Probeschuljahr erhalten.
Wir setzen uns dafür ein, dass nach Beendigung des Schulversuchs Gymnasien und Sekundarschulen weiterhin bei der Organisation der gymnasialen Oberstufe kooperieren können. Aufgrund der stark steigenden Nachfrage wollen wir auch an den Gymnasien, an denen dies baulich noch möglich ist, die Kapazitäten erweitern.

Gutes Lernen braucht Individualität!

Herausforderungen meistern, Chancen nutzen, Inklusion umsetzen.
Inklusion ist als Anerkennung von Individualität und die Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher zu verstehen. Sie bedeutet den Blick auf die Vielfalt und die Potenziale der Kinder und Jugendlichen zu richten und nicht mehr auf die Defizite zu schauen.
Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung von Anfang gemeinsam und gleichberechtigt lernen.
Mehrere Schulen haben sich bereits als inklusive Schwerpunktschulen aufgestellt. Wir unterstützen unsere Schulen im Bezirk dabei, weiterhin Barrieren abzubauen. Angefangen bei Rollstuhlrampen, über räumliche und personelle Ressourcen bis hin zu neuen Möglichkeiten, dem Unterricht zu folgen: Der Abbau von Barrieren nutzt am Ende allen und muss auf Bezirks- und Landesebene vorangetrieben werden, um der inklusiven Schule zum Erfolg zu verhelfen.

Gutes Lernen braucht Zukunft!

Schulen digital gestalten.
Nicht nur der Digitalpakt, auch die Berliner Schulbauoffensive schafft viele Möglichkeiten, eine digitale Infrastruktur an den Schulen zu schaffen oder zu verbessern.
In Friedrichshain-Kreuzberg werden wir die Gelder aus dem Digitalpakt vollständig abrufen und zusätzlich die Digitalisierung der Schulen im Rahmen von Sanierungs- und Neubaumaßnahmen vorantreiben. Es sollen keine Sanierungs- und Baumaßnahmen an Schulen stattfinden, ohne dass nicht geprüft wird, ob die technische, digitale Infrastruktur der Schule verbessert werden kann. Den Senat fordern wir auf, insbesondere bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften einen deutlicheren Fokus auf die Digitalisierung zu setzen.

Gutes Lernen braucht gutes Essen!

Gutes Essen für alle: das Schulmittagessen.
Dass alle Schüler*innen am Schulmittagessen teilnehmen können, ist für uns ein wichtiges Puzzlestück der Chancengleichheit. Aus diesem Grund haben wir in Berlin

für die Grundschüler*innen die Kostenfreiheit des Schulmittagessens durchgesetzt und gleichzeitig die Qualität erhöht, insbesondere durch einen größeren Bioanteil und einen höheren Anteil an regional produzierten Produkten. Wachsende Schulen brauchen größere Schulmensen – darauf legen wir einen Augenmerk.

Gutes Lernen braucht Sauberkeit!

Saubere Schulen in ganz Friedrichshain-Kreuzberg.
Bei der Schulreinigung haben wir erneut deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Die Reinigungskräfte haben nun mehr Zeit für ihre Aufgaben und wir haben die Zwischenreinigung aller Schultoiletten zur Mittagszeit durchgesetzt. Im nächsten Schritt wollen wir zusammen mit anderen Bezirken und dem Senat einen Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung erreichen. Dafür muss das Vorhaben Bestandteil der nächsten Koalitionsvereinbarung auf der Landesebene werden.

SPORT IM BEZIRK – ZUKUNFT GESTALTEN

Sport bringt Menschen zusammen, ermöglicht soziale Teilhabe im Bezirk für Jung und Alt und ist wichtig für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. 158 Sportvereine mit mehr als 44.000 Mitgliedern sind in Friedrichshain-Kreuzberg aktiv. Sie brauchen in dem wachsenden Bezirk verlässliche Rahmenbedingungen sowie ausreichend Raum und Angebote. Die SPD setzt sich daher für den Sport, vor allem für den Vereinssport, besonders ein.
Friedrichshain-Kreuzberg hat im Vergleich zu allen anderen Bezirken Berlins die wenigsten Sportplätze und Sporthallen. Erschwerend kommt hinzu, dass es so gut wie keine kommunalen Grundstücke mehr gibt, auf denen großflächige Sportstätten errichtet werden können. Es kommt für die SPD darauf an, die letzten freien Flächen für den Sport zu sichern und zu entwickeln.

Was konnte erreicht werden?
Dank des deutlich aufgestockten Sportstättensanierungsprogramms wurde eine schnellere Sanierung vieler gedeckter und ungedeckter Sportflächen ermöglicht. Das ist maßgeblich ein Verdienst der SPD auf Landes- und Bezirksebene.
Mit dem Ankauf des Sportplatzes an der Züllichauer Straße in Kreuzberg wurde dieser langfristig gesichert. Mit der Schulbauoffensive werden wir eine größere Anzahl von Sporthallen in den nächsten Jahren bekommen. Dem Tennisclub TC Friedrichshain konnten bei dem Ausbau der Emanuel-Lasker-Oberschule Ausweichflächen in unmittelbarer Nähe angeboten werden; somit ist der Verein in seinem Bestand gerettet.
Gerade wird ein Sportentwicklungsplan erstellt mit jetzt 26 Sportwarten sowie der Digitalisierung der Sportstättenvergabe. Das sind wichtige Bausteine, um die Auslastung der Sportflächen weiter zu optimieren und die letzten Ressourcen zu heben.
Insgesamt flossen in den Jahren 2017 bis 2020 über 6,01 Mio. Euro in die Sanierung und Neubau von Sportanlagen (ohne Schulsporthallen).

Wofür machen wir uns in den kommenden Jahren stark?
Die nächsten Jahre werden im Bezirk vom Kampf um die letzten Potenzialflächen und die Reaktivierung der Schwimmhallen geprägt sein.
Für die Entwicklung des Regenrückhaltebeckens am Columbiadamm in Kreuzberg zur Sportfläche hat sich die SPD in den letzten Jahren massiv eingesetzt. Bis vor kurzem schien ein politischer Konsens parteiübergreifend zu bestehen, diese letzte noch große Fläche im Bezirk für den Sport zu sichern. Doch andere Parteien planen, hier Wohnungen zu bauen oder die Fläche für weitere Nutzungszwecken zu öffnen. Die SPD Xhain wird weiter vehement für die alleinige Nutzung durch den Sport kämpfen.
Das Gelände des SEZ wollen wir rekommunalisieren und als Wohn-, Sport- und Schulstandort entwickeln.
Auch die Schwimmbadsituation im Bezirk ist desolat. Die Schwimmhalle in der Holzmarktstraße muss abgerissen und neu gebaut, das Baerwaldbad muss grundlegend saniert werden. Das Schwimmbad am Spreewaldplatz wird wegen umfangreicher

Sanierungsarbeiten voraussichtlich erst 2023 wieder für den Bade- und Schwimmbetrieb zur Verfügung stehen.
Wir haben bei beiden Projekten noch einen langen Weg vor uns. Beim Baerwaldbad ist es uns bereits gelungen, den alten Betreiber aus dem Nutzungsvertrag gerichtsfest zu entlassen; der Übernahme des Bades in Landesbesitz sollte nun nichts mehr im Wege stehen. Das sind wichtige Schritte, um die Sanierung des Bades anpacken zu können. Zwingend notwendig ist zudem die tatkräftige Unterstützung der Berliner Landespolitik.
Neben diesen langfristigen Projekten verfolgen wir auch das Ziel, schnell Verbesserungen im Sportbereich zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, in geförderten Gewerbeflächen Kurse für Gesundheitssport, Eltern-Kind-Gruppen und Kleingruppen zu ermöglichen. In Parks kann mit Sportgeräten Bewegungsräume für alle geschaffen werden. Dieser multifunktionale Ansatz soll sich auch auf die Nebenflächen von Sportanlagen und auf Nebengebäude von Schulen erstrecken. So sind der Sportplatz Lobeckstraße, die ehemaligen Tennisplätze am Sportplatz Züllichauer Straße für Beachvolleyball oder die Heinrich-Zille-Grundschule am Lausitzer Platz für diese Nutzungsart geeignet. Wir setzen uns für das Modellprojekt zu temporären Traglufthallen auf Sportplätzen in den Wintermonaten ein. Dies würde eine Entlastung gerade für Mannschaftssportarten wie Hockey und Fußball, aber auch, Leichtathletik bringen, die im Winter die Sporthallen nutzen.
Weiter setzen wir uns dafür ein, dass beim Neubau von Schulsporthallen die Bedarfe und Expertise der Sportvereine genutzt, ein inklusives Angebot geschaffen und an möglichst vielen Standorten auch Zuschauer*innentribünen errichtet werden.
Gerade Friedrichshain-Kreuzberg ist als ein hochverdichteter Innenstadtbezirk darauf angewiesen, dass die Förderrichtlinien des Landes an unsere spezielle Situation flexibel und offen angepasst werden, sodass an manchen Standorten mehr Geld in die Hand genommen werden muss.
Gerade für Kinder und Jugendliche sind sportliche Angebote der Schulen und der Vereine äußerst wichtig. Die Schwimmkurse der dritten Klassen können wir nur vollständig und umfänglich im Bezirk anbieten, wenn unsere Bäder wieder ans Netz gehen. Hier bieten die gemeinnützigen Schwimmvereine, die berlinweit die größten Anbieter von Schwimmkursen sind, unschätzbare Hilfe. Diese wollen wir auch zukünftig unterstützen und ihnen zu einer starken Position gegenüber gewerblichen Anbietern verhelfen. Die Vernetzung von Sportvereinen mit Kitas und Schulen wollen wir in bewährter Form fortsetzen und ausbauen. Die steigende Anzahl von Mädchen- und Frauenmannschaften bzw. -Sportgruppen ist erfreulich, daher wollen wir die weitere Verbreitung des Mädchen- und Frauensports im Bezirk unterstützen. Zudem setzen wir uns für die weitere inklusive Öffnung von Sportangeboten ein.
Die Beschaffung von fair produziertem Sportequipment haben wir vorangebracht und wollen unsere Bemühungen gemeinsam mit den Sportvereinen verstärken.

GESUNDHEIT, SOZIALES UND INKLUSION: FÜR EIN SOLIDARISCHES MITEINANDER OHNE BARRIEREN FÜR ALLE

- Staatliche Leistungen aus einer Hand – Erstanlaufstelle in Friedrichshain-Kreuzberg einrichten
- Wiedereröffnung einer Beschwerde-Schlichtungsstelle (Ombudsstelle) für Beziehende von sozialen Leistungen in Friedrichshain-Kreuzberg
- Stärkung der Zusammenarbeit von Bezirksamt, BVG und Polizei zur Bekämpfung der Drogenproblematik an Hotspots im Bezirk
- Schaffung weiterer Suchthilfezentren in Friedrichshain-Kreuzberg
- Maßnahmenplan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Ausbau der Kompetenzen des bezirklichen Seniorenbeirats

Friedrichshain-Kreuzberg ist der am dichtesten besiedelte Berliner Bezirk und der mit der berlinweit jüngsten Bevölkerungsstruktur (Durchschnittsalter 38,1 Jahre) und gleichzeitig mit einem hohen Anteil an Senioren und Seniorinnen. Diese Spannbreite von Menschen mit unterschiedlicher Lebenserfahrung bietet dem Bezirk große Möglichkeiten, aber auch Handlungsnotwendigkeiten, denen wir uns als Sozialdemokrat*innen als gestaltende Kraft in Friedrichshain-Kreuzberg verpflichtet fühlen.
Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in diesem Bezirk eine respektvolle Haltung gegenüber allen gelebt wird. Wir wollen Chancengleichheit für alle, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Behinderung. Wir wollen die Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft leben und den Respekt gegenüber jeglichen Lebensentwürfen entwickeln und befördern.
Außerdem wollen wir, dass der Staat als Partner zu verstehen ist und nicht als Obrigkeitsstaat, bei dem sich Bürger*innen als Bittsteller*innen fühlen, wenn sie Leistungen beantragen.

SOZIALE LEISTUNGEN AUS EINER HAND – ZENTRALE ANLAUFSTELLEN IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG EINRICHTEN

Staatliche Leistungen, die der Bezirk und/oder das Land Berlin erbringen, sollen für alle Menschen barrierefrei zugänglich sein. Deswegen wollen wir im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Erstanlaufstelle errichten. Diese Stelle ist der Erstkontakt für Bürger*innen, die Leistungen beantragen und gleichzeitig ein Lotse für den Weg durch die Verwaltungen. Hier kann an vorhandene Erfahrungen angeknüpft werden. Gleichzeitig wollen wir uns für die Wiedereröffnung einer Ombudsstelle für Beziehende von Leistungen des Sozialamtes stark machen. Dabei handelt es sich um eine Stelle,

die die Rechte und Interessen der Bürger*innen gegenüber der Behörde wahrnimmt. Die Ombudsstelle des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg soll sich mit den Beschwerden von Ratsuchenden sowie mit Anregungen oder Kritik der Bürger*innen befassen. In Konfliktfällen soll unbürokratisch eine Lösung des Streitfalls angestrebt werden.

WOHNUNGSLOSIGKEIT NICHT HINNEHMEN: WOHNUNGSVERLUST VERHINDERN, GANZJÄHRIG HELFEN

Kaum eine soziale Notsituation schneidet die Betroffenen so unbarmherzig von sozialer Teilhabe ab wie die Wohnungslosigkeit. Deshalb ist die Bekämpfung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie die konkrete Hilfe für Wohnungs- und Obdachlose ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik. Hier gibt es kein Patentrezept, sondern es muss an verschiedenen Stellen angesetzt werden.
Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Höhe der Übernahme von Mieten und Heizkosten in Notlage durch Jobcenter und Grundsicherungsämter flexibler geregelt wird.
Für Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Wohnung verloren haben oder von Wohnungsverlust bedroht sind, müssen ganzjährig geöffnete, unbürokratisch arbeitende Beratungs- und Versorgungsangebote zur Verfügung stehen. Die Angebote der Kältehilfe müssen dauerhaft erhalten bleiben und in Notsituationen schnell und unkompliziert erweitert werden können. Die Notwendigkeit dafür hat sich gerade in der Coronapandemie mehr als deutlich gezeigt. Auch das Angebot von Aufenthaltsmöglichkeiten in Tageseinrichtungen muss ausgeweitet werden.
Auf die besonderen Herausforderungen der Integration geflüchteter Menschen in den Wohnungsmarkt werden wir die sozialen Dienste in Friedrichshain-Kreuzberg noch besser vorbereiten. Die Verstärkung dieser Dienste wird dabei allen Bewohner*innen unseres Bezirks zugutekommen.
Wir wollen uns außerdem für die Einrichtung von Übergangsunterkünften für wohnungslose Familien und Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg einsetzen. Unserem Bezirk fehlen feste (betreute) ganzjährige Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum. Oft sind es Frauen bzw. alleinerziehende Frauen mit Kind(ern), die im System der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe Schwierigkeiten haben. Es fehlen Angebote, um sie in Einrichtungen zu vermitteln, in denen sie zumindest einige Wochen oder Monate bleiben können.
Diese Zielgruppe ist häufig nicht obdachlos, lebt also nicht auf der Straße, sondern in prekären Wohnverhältnissen, oft bei „Freund*innen“ oder „Bekannten“, wo sie teilweise von Gewalt oder sexuellen Übergriffen bedroht sind.
Auch ist es nach einer Trennung nicht immer leicht einen neuen – bezahlbaren – Wohnraum in dem eigenen Kiez zu finden. Schule, Kita und Freund*innen sollten für die Kinder jedoch in der Nähe sein, damit sie nicht völlig aus dem gewohnten Umfeld gerissen werden.
Die Einrichtungen sollen auch auf die Belange von Frauen mit Behinderungen ausgerichtet sein, die häufiger Gewalt ausgesetzt sind als Frauen ohne Behinderungen.

PRÄVENTION STÄRKEN, BETROFFENEN HELFEN UND DROGENHANDEL EINDÄMMEN

Zwischen sozialer Ausgrenzung und dem Missbrauch von Suchtmitteln gibt es einen direkten Zusammenhang. Der Umgang mit der Drogenproblematik ist für uns deshalb auf der Seite der Konsument*innen eine sozialpolitische Frage: Wie können wir unterstützen? Um der Komplexität dieser Thematik gerecht zu werden und den Betroffenen geeignete
Hilfsangebote zu machen, wollen wir das Suchthilfesystem weiter stärken. Daher wollen wir die aufsuchende Sozialarbeit in unserem Bezirk ausbauen. Auch die Zusammenarbeit von Bezirksamt, Polizei und BVG muss ausgeweitet werden. Denn Hotspots des Drogenhandels- und Konsums sind nach wie vor die U-Bahnhöfe – insbesondere in Kreuzberg (Kottbusser Tor, Wrangelkiez und Görlitzer Park, U-Bahnhof Schönleinstraße, teilweise Yorckstraße/Gneisenaustraße). Zu beobachten ist jedoch auch eine Ausweitung auf Parks und Grünanlagen in Friedrichshain, wie den Boxhagener Platz oder die Rummelsburger Bucht, aber auch die Warschauer Str. und das RAW-Gelände. Wir setzen uns dafür ein, dass kriminelle Strukturen, die Menschen in Notsituationen (beispielsweise aufenthaltsrechtliche Illegalität) für den Drogenhandel anwerben, bekämpft werden.
Darüber hinaus gilt es, durch eine gezielte Präventionsarbeit die Aufklärung insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, damit sie nicht zu legalen und illegalen Suchtmitteln greifen. Der Kooperation und Vernetzung der Suchthilfe mit Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen und den Aspekt der Prävention stärken.
Schwerstabhängige brauchen geeignete Orte, um unter hygienisch einwandfreien Bedingungen Drogen zu konsumieren und dort auch Zugang zu medizinischer Versorgung und sozialpädagogischer Unterstützung zu finden. Das Suchthilfezentrum in der Reichenberger Straße und das bald zu eröffnende Gesundheitszentrum am Kottbusser Tor sind wichtige Orte, die die Bedingungen für Schwerstabhängige wesentlich verbessern. Zugleich erhalten die Abhängigen einen niedrigschwelligen Zugang zum Suchthilfesystem. Diese Orte reichen jedoch nicht aus. Wir setzen uns daher für weitere Suchthilfezentren in Friedrichshain-Kreuzberg ein.
Zusätzlich zur Frage des Ausbaus von unterstützenden Angeboten geht es für uns auch um die Frage von Wohn- und Lebensqualität sowie Sicherheit in den Kiezen: Viele Spielplätze, Parks und Einrichtungen der Nahversorgung drohen, aufgrund von Drogenkonsum und den damit einhergehenden Begleiterscheinungen nicht mehr benutzbar und sogar zu Gefahrenquellen zu werden. Dem muss deutlich entgegengewirkt werden. Zugleich lehnen wir anlasslose Kontrollen aufgrund von Hautfarbe und Herkunft (racial profiling) ab.
Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es eine bundeseinheitliche Regelung zur kontrollierten Abgabe von Cannabis geben soll. Um kriminelle Strukturen nicht zu unterstützen, soll deshalb das Ausgangsprodukt in Deutschland angebaut werden. Die Bestrebungen zur Entkriminalisierung von Cannabis im Zukunftsprogramm der SPD für die Bundestagswahl begrüßen wir daher ausdrücklich.

AUFHÖREN, MENSCHEN ZU BEHINDERN: FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG BENÖTIGT EIN INKLUSIONSKONZEPT

Menschen mit Behinderungen haben ein uneingeschränktes Recht auf soziale und politische Teilhabe. Die Umsetzung dieses Rechts darf nicht weiter aufgeschoben werden. Noch immer wird jedoch die eigentliche Behinderung deutlich erschwert durch Barrieren im Alltag. Sei es durch bauliche Hürden oder durch Hürden in der Kommunikation.
Wir brauchen daher ein umfassendes bezirkliches Inklusionskonzept des Bezirksamts. Dabei müssen der Behindertenbeirat, die Verbände sowie weitere Partner*innen eingebunden werden. In der kommenden Wahlperiode muss endlich ein konkreter Maßnahmenplan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bezirk vorgelegt werden. Dieser muss für die einzelnen Fachbereiche klare Prioritäten, den möglichen Realisierungszeitraum und den konkreten Finanzierungsbedarf benennen. Dazu sollen die in anderen Bezirken gemachten Erfahrungen genutzt werden.
Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass der Bezirk alle Fördergelder abruft. Inklusion darf nicht daran scheitern, dass zur Verfügung stehende finanzielle Mittel nicht abgerufen und genutzt werden. In den vergangenen Jahren ist der Bezirk deutlich hinter seinen Möglichkeiten geblieben. Hier wollen wir ansetzen und Friedrichshain-Kreuzberg zu einem inklusiven Bezirk weiterentwickeln.

Inklusionskonzept: Was nicht fehlen darf

Für uns ist wichtig: Bei Barrierefreiheit und Inklusion geht es um keine „Sonderwelten". Barrierefreiheit ist für alle da, von ihr profitieren alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderungen. Wie in den vergangenen Jahren werden wir uns intensiv dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen an allen Bereichen des Lebens – von der Kita bis zum Beruf, vom Öffentlichen Personennahverkehr bis zum Straßenbau – gleichberechtigt teilnehmen können.
Zunächst einmal geht es um bauliche Barrierefreiheit: Wir wollen daher alle öffentlichen Dienstleistungen, die sich in älteren Gebäuden befinden, nach und nach barrierefrei zugänglich zu machen.
Wichtig ist es aber auch, soziale Angebote und Dienstleistungen barrierefrei zu gestalten: Wir wollen die Anzahl barrierefreier Medien in der Hauptbibliothek am Frankfurter Tor erhöhen sowie inklusive Sportangebote und die bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit stärken und ausbauen. Des Weiteren wollen wir mehr für inklusive Spielplätze sorgen: Kinder mit und ohne Behinderungen sollen zusammen spielen können – überall. Dafür brauchen wir mehr barrierefreie Spielgeräte auf Spielplätzen in Friedrichshain-Kreuzberg, die Kindern mit ganz unterschiedlichen Behinderungen gerecht werden. Dazu gehört auch, dass es Spielgeräte außerhalb von Sandkästen gibt, sodass mobilitätseingeschränkte Kinder und (Groß-)Eltern ohne Probleme an die Spielgeräte herankommen können. Ziel ist es, vermehrt auf Spielgeräte zu setzen, die alle Sinne ansprechen – ein Gewinn nicht nur für große und kleine Menschen mit Behinderungen.

Wir wollen Kommunikation öffnen: Dafür braucht es mehr offizielle Informationen zum Beispiel auch für gehörlose Menschen und Menschen mit Lernschwierigkeiten in Leichter Sprache. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, auch tagesaktuell in Gebärdensprache und in Leichter Sprache zu kommunizieren.
In den Ämtern und Behörden brauchen wir darüber hinaus Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeitende – denn oftmals scheitert Inklusion auch an Vorbehalten, Berührungsängsten und fehlenden Informationen.
Wir setzen uns außerdem für die Schaffung barrierefreien Wohnraums ein. Die SPD Friedrichshain Kreuzberg wird darauf hinwirken, den Anteil senioren- und behindertengerechter Wohnungen durch Aus- und Umbau zu erhöhen. Auch bezahlbare Angebote für das so genannte Servicewohnen und für betreutes Wohnen in Wohngemeinschaften für Demenzkranke im Bezirk wollen wir weiterentwickeln. Die Kontrollen des Bezirks über die Gewährleistung von Barrierefreiheit bei privaten Neubauten wollen wir erhöhen.
Nach dem Motto der UN-Behindertenrechtskonvention „Nicht über uns ohne uns" sollen Menschen mit Behinderungen in alle Maßnahmen einbezogen werden. Wir wollen die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen insgesamt stärken.

Gemeinsam Lernen und Arbeiten: Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Arbeit

Barrierefreiheit heißt vor allem auch: gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit. Noch immer sind Menschen mit Behinderungen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen ohne Behinderungen. Oftmals haben sie Probleme, einen Platz auf dem regulären Arbeitsmarkt zu finden – auch, weil Unternehmen ihrer Beschäftigungspflicht häufig nicht nachkommen. Das wollen wir ändern.
Dafür ist es wichtig, Netzwerke zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteur*innen zu verbessern: Durch die Koordinierung von Bezirksamt, Arbeitsagentur, Jobcenter, Unternehmen und Verbänden von Menschen mit Behinderungen wollen wir den Zugang zu Ausbildung und Arbeit erleichtern.
Besonders wichtig ist es uns, möglichst vielen Menschen eine Arbeit zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht. Dafür wollen wir die Inklusion in der beruflichen Ausbildung voranbringen. Die Berufs- und Orientierungsangebote der Schulen im Bezirk und der Bundesagentur für Arbeit müssen verbessert und effektiver miteinander verzahnt werden. Die bezirkliche Jugendberufsagentur muss ihrer Aufgabe gerecht werden, Jugendliche mit Behinderungen einzubeziehen.
Inklusion auf dem Arbeitsmarkt und in der gesamten Gesellschaft kann nur gelingen, wenn wir von Beginn an inklusiv denken: Deswegen wollen wir die Inklusion an unseren Kindergärten und Schulen voranbringen und insbesondere die Schulen dabei unterstützen, die sich diesem Anliegen seit vielen Jahren widmen. Weitere Informationen zur Inklusion an Schulen in unserem Bezirk finden Sie im Kapitel „Bildung".

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG: EIN BEZIRK AUCH FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN

Auch wenn Friedrichshain-Kreuzberg als junger Bezirk gilt, so dürfen wir die Älteren unter uns nicht vergessen. In einem ersten Schritt wollen wir daher dem Seniorenbeirat mehr Kompetenzen als bisher übertragen. Dies soll geschehen, indem wir dem bezirklichen Seniorenbeirat ein größeres Mitsprache- und Entscheidungsrecht bei bezirklichen Entscheidungen einräumen, sofern Senior*innenbelange betroffen sind.
Im Bereich Verkehr wollen wir einen stärkeren Fokus auf Fußwegsicherheit legen.
Parks und Grünanlagen sind ein Ort der Erholung für jeden von uns. Auch hier ist auf die Belange von älteren Menschen Rücksicht zu nehmen, insbesondere durch eine bessere Beleuchtung und dem Ausbau von Fußwegen, nicht nur in Parkanlagen. Bei der Beleuchtung sind eine beidseitige Straßenbeleuchtung und bessere Leuchtmittel notwendig, weil auch viele Fußwege in einem schlechten Zustand sind.
Des Weiteren unterstützen wir Angebote wie das Seniorensportfest, den Erhalt von Nachbarschaftstreffs und fordern den Ausbau von Trimmdichpfaden. Dazu wollen wir Stadtplätze für alle Altersgruppen entwickeln, z.B. mit Tischen für Backgammon und Schach, die Kommunikationsmöglichkeiten bieten.
Friedrichshain-Kreuzberg hat im Verhältnis mehr als doppelt so viele Beziehende der Grundsicherung im Alter wie der Berliner Durchschnitt. Zu hohe Mieten sind da ein großes Problem. Die Fortführung des Mietendeckels und ein Mietenstopp sind daher insbesondere auch für ältere Menschen ein Thema.

MIGRATION & VIELFALT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Migrationspolitik als einen wichtigen Beitrag für ein gemeinsames gutes Zusammenleben von Einwohner*innen unterschiedlichster Herkunftsländer in unserem Bezirk. Für uns ist Grundlage einer guten Politik die Anerkennung dieser Verschiedenheiten mit dem Ziel eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu schaffen. Ein wichtiger Grundpfeiler auf diesem Weg sind die Regeln des Grundgesetzes, die unsere Rechte in unserer Unterschiedlichkeit garantieren.

UNSER BEZIRK SOLL SOLIDARISCHE KOMMUNE WERDEN

Alle in Berlin lebenden Menschen haben grundlegende soziale Rechte – egal welcher Herkunft. Friedrichshain-Kreuzberg soll ein sicherer Hafen für Geflüchtete sein. Das schließt eine Krankenversicherung, den Zugang zu Bildung und Schutz vor Ausbeutung ein. Wir wollen Berliner*Innen ohne Dokumente schützen, indem wir uns für die „Solidarische Stadt" einsetzen, deren europaweitem Bündnis die Stadt Berlin im Jahr 2019 beigetreten ist.
Unser Ziel ist die Einführung einer City-Karte, die es Menschen ohne Dokumente ermöglichen soll, ihre Rechte in Berlin ohne bürokratische Hürden wahrzunehmen.
Dieses Konzept einer solidarischen Kommune wollen wir in Friedrichshain-Kreuzberg gemeinsam mit Interessengruppen unter aktiver Einbeziehung der Verwaltung als Modellprojekt umsetzen. Unsere Ziele sind:

- Durchsetzung von Arbeitnehmer*innenrechten auf (irregulären) Arbeitsmärkten
- Sicherstellung der gesundheitlichen Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen
- Schaffen von ämterübergreifenden Strukturen Sensibilisierung von Mitarbeiter*innen für dieses Thema (z.B. bei Gewerbe-, Gesundheits- und Ordnungsamt)

Wohnen ist auch für Geflüchtete weiterhin ein wichtiges Thema im Bezirk. Wir wollen daher mehr Wohnungen für Geflüchtete bauen, unser Bezirk ist Schlusslicht im Berliner Vergleich. Die Unterbringung in angemieteten Hostels und Gemeinschaftsunterkünften lehnen wir als Dauerzustand ab! Weitere Flächen für die Schaffung von Wohneinheiten z.B. auf den Wirtschaftsflächen der Bergmannfriedhöfe wollen wir prüfen lassen.

KOMMUNALES WAHLRECHT UND ALLGEMEINES WAHLRECHT BEI VOLKS- UND BÜRGERBEGEHREN

Das Wahlrecht für Berliner*innen, die seit mindestens fünf Jahren in Berlin leben, ist schon lange überfällig. Viele andere europäische Länder haben dieses elementare Recht schon lange umgesetzt. In der Vergangenheit sind Bundesratsinitiativen der SPD auf die notwendige Änderung im Grundgesetz immer wieder an anderen gescheitert. Die Folge ist ein großer Schaden an demokratischen Grundrechten in unserem Land, wenn Berliner*innen, die seit Jahrzehnten in der Stadt leben, keine Rechte auf Mitbestimmung in ihren Kommunen haben. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Einführung des kommunalen Wahlrechts notfalls auch ohne den Bund durchgesetzt werden kann.
Wir wollen uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Chancen und die Verbindlichkeit für Bürgerbegehren auf Bezirksebene verbessert werden.

VERWALTUNG UND BVV KONSEQUENT INTERKULTURELL ÖFFNEN

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist wichtiges politisches Ziel, um die Berliner Verwaltung als Dienstleister der Berliner*innen zu begreifen und die Vielfältigkeit der Berliner Migrationsgesellschaft abzubilden. Vom Ziel einer interkulturellen Öffnung ist auch die Berliner Verwaltung noch weit entfernt. Wir wollen den Mentalitätswandel in der Einstellungspolitik unserer Verwaltungen weiter vorantreiben. Die Novelle des Partizipations- und Migrationsgesetzes weist den richtigen Weg, die Umsetzung des Gesetzes im Bezirk ist aber auch kein Selbstläufer: Daher werden wir die Einstellungskriterien im Bezirk regelmäßig überprüfen lassen und auf die interkulturelle Öffnung weiter drängen! Der Integrationsfonds der Berliner Bezirke ist ein wichtiges Mittel um die migrantische Selbsthilfe finanziell zu stärken. Leider liegt die Mittelvergabe bis heute in den Händen der jeweiligen Bezirksbürgermeister*innen. Wir wollen diese Praxis ändern und Migrant*innenorganisationen zukünftig die Möglichkeit geben bei der Mittelvergabe mitzubestimmen.
Neben der interkulturellen Öffnung der Verwaltungen ist der Anteil von Mandatsträger*innen mit Migrationsgeschichte auch in Friedrichshain-Kreuzberg immer noch gering: Er entspricht noch bei weitem nicht dem Anteil an der Gesamtbevölkerung in unserem Bezirk. Die Folge ist, dass viele Communities nur unzureichend demokratisch repräsentiert sind: Sei es in den Themensetzungen der Bezirksparlamente, als auch in den Kontakten zu den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unseres Bezirkes. Daher wollen wir eine konsequente Gleichstellungspolitik vorantreiben.

MIGRATIONSMUSEUM IM BEZIRK

Eine Politik der Anerkennung braucht sichtbare Symbole in unserem Bezirk: Die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach kolonialistischen und antisemitischen Personen benannt wurden, war ein wichtiger Schritt, der noch nicht abgeschlossen ist. Wir brauchen neue Straßennamen, Gedenktafeln, die uns an die Menschen mit migrantischen Wurzeln und an deren Beitrag zum Wiederaufbau unserer Stadt erinnern. Das sind wir diesen Menschen schuldig.
Insbesondere Kreuzberg ist als Ort der jüngeren Berliner Migrationsgeschichte weltbekannt. Wir werden uns für den Aufbau eines Migrationsmuseums und -archivs zur Geschichte der Gastarbeiter*innen im Bezirk einsetzen, dass insbesondere das Leben und den Beitrag der Gastarbeiter*innen-Generation dokumentiert und würdigt. Dieses Projekt soll unter Federführung der Migrant*innenorganisationen realisiert werden. Beim Aufbau des Museums und Archivs soll auch die Geschichte der Vertragsarbeiter*innen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mitberücksichtigt werden.

*GASTARBEITER*INNENDENKMAL FÜR UNSEREN BEZIRK!*

Wir wollen eine Kreuzberger Initiative zur Einrichtung eines „Gastarbeiter*innen-Denkmals" für die Menschen starten, die die jüngere Geschichte des Stadtteils Kreuzberg entscheidend geprägt haben. Die Gastarbeiter*innenmigration hat unseren Bezirk nicht nur wiederaufgebaut, sondern auch weltbekannt gemacht. Dieses Erbe und unseren Respekt möchten wir mit einem Denkmal an einer zentralen Stelle Kreuzbergs sichtbar machen.

GLEICHSTELLUNG

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft in welcher jede und jeder, oder Personen mit diversen Geschlechtern, sich frei von direkter oder indirekter Diskriminierung entfalten und ihren Weg gehen können. Wir wollen Solidarität und gleiche Rechte – ob geschrieben oder ungeschrieben.
Dazu gehört für uns die aktive und direkte Beseitigung von Diskriminierung durch legislative Mittel sowie die Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft in unseren Kiezen und im Kreis, welche auf das selbe Ziel hinwirken.
In unserem Bezirk können wir viel bewegen, hier spielt sich das Leben der Bürger*innen ab.

MEHR VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF!

Wir fordern – hier vor Ort – eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um dies zu ermöglichen gilt es insbesondere die Kita- und Hortzeiten bzw. sonstige Betreuungsangebote auszubauen. Damit sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen und vor allem auch Alleinerziehende besser unterstützt werden, bedarf es eines in der Anzahl sowie der Zeit erweiterten Betreuungsangebots, bspw. auch Angebote an den Randzeiten bzw. vor 9 Uhr und nach 16/18 Uhr, idealerweise rund um die Uhr, sowie am Wochenende. Dafür wollen wir zunächst die konkreten Bedarfe bei den Eltern erfragen, um dann ein passgenaues Angebot zu ermitteln. Bei der Kita-und Schulplatzvergabe fordern wir, dass Kinder aus Friedrichshain-Kreuzberg mit Priorität behandelt werden, wie es bereits bei der Tagespflege praktiziert wird. Um eine bessere Vereinbarkeit zu ermöglichen setzten wir uns dafür ein, dass mehr digitale Formate genutzt werden, beispielsweise in der bezirklichen Gremienarbeit, oder auch bei Elternabenden.

PARITÄTSGESETZ JETZT!

Die Gleichberechtigung der Geschlechter auch im Wahlrecht ist verfassungsmäßig geboten. Ein Paritätsgesetz ist deshalb nicht nur längst überfällig, sondern alternativlos! Gleichzeitig müssen auch die Bezirksgremien paritätisch besetzt sein. Wirkliche Parität bedeutet mehr als gesetzliche Gleichstellung – es geht um die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung, egal ob es um geschriebene oder ungeschriebene Rechte geht, und aktive Beseitigung bestehender Nachteile; ganz wie es unser Grundgesetz vorsieht.

UNTERSTÜTZUNG VON OBDACHLOSEN FAMILIEN UND FRAUEN!

Frauenobdachlosigkeit ist in Friedrichshain-Kreuzberg kein nachgeordnetes Thema, es darf nicht verharmlost werden und es müssen bedarfsorientierte Angebote geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bezirkliche Projekte künftig weitgehender unterstützt werden und die Finanzierung dieser Projekte gesichert wird. Neben Notunterkünften, in denen Frauen nur kurze Zeit bleiben können, fehlen Übergangsunterkünfte für Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Einrichtung dieser Übergangsunterkünfte bietet Frauen und ihren Kindern einen Ausweg aus prekären Wohnsituationen, in denen sie teilweise von Gewalt oder sexuellen Übergriffen bedroht sind, ohne dass Kinder aus Ihrem gewohnten Umfeld gerissen werden und Schule, Kita und Freund*innen für die Kinder weiter in der Nähe sind.

MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR ALLEINERZIEHENDE!

Alleinerziehende sind im Alltag einer Vielzahl an Herausforderungen ausgesetzt. Aufgrund gesellschaftlicher und rechtlicher Strukturen sehen sich insbesondere alleinerziehende Mütter mit der Mehrfachbelastung konfrontiert, die behoben werden muss. Hier müssen die Bundes- und Landesebene, aber auch unsere kommunale Ebene mehr Angebote schaffen. Allem voran stehen im Bezirk Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen, welche über gängige Öffnungszeiten von ca. 9 bis 16 /18 Uhr hinausgehen und auch schichtarbeitenden Alleinerziehenden bspw. am Wochenende Unterstützung bieten. Bei der Durchsetzung des Rechts auf Betreuung müssen Alleinerziehende Vorrang haben.
Der Alltag Alleinerziehender kann außerdem entlastet werden durch die Ausweitung von Familienzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen- bzw. Angeboten. Das wollen wir erreichen.
Neben der Unterstützung für Alleinerziehende brauchen auch Elternteile auf dem Weg in die Alleinerziehung oft rechtliche, soziale sowie psychologische Unterstützung. Trennungen sind, insbesondere wenn Kinder im Spiel sind, oft begleitet von Ängsten und Sorgen. Zu oft spielen Gewalt, finanzielle Abhängigkeit oder andere existenzielle Druckmittel eine Rolle.

Um Alleinerziehenden oder Elternteilen die auf dem Weg in die Alleinerziehung sind rechtlichen, sozialen oder psychologischen Beistand zu leisten, wollen wir auf die Einrichtung einer von Familiengerichten und Jugendamt unabhängige Beratungsstelle hinwirken. Da insbesondere Frauen und Mütter vor, während und nach Trennungen Opfer von physischer oder psychischer Gewalt sind, muss die oben genannte Stelle insbesondere auch Kompetenzen im Bereich häuslicher, physischer und psychischer Gewalt mit sich bringen. Wir fordern dabei eine Ombudsperson, die sich um die Belange alleinerziehender Mütter kümmert.
Wir wollen alleinerziehenden Müttern und ihren Belangen verstärkte Präsenz im Rahmen unserer politischen Aktivitäten verschaffen, bspw. durch (Online-)Kampagnen, an Infoständen oder an Aktionstagen.

NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN!

Wir sagen nein zu allen Formen der Gewalt: zur häuslichen und sexuellen Gewalt, zur Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Stalking, zur digitalen Gewalt sowie zur psychischen Gewalt. Auch in Berlin werden jährlich 3000 Menschen Opfer von Stalking, 80% sind Frauen. Insbesondere die Coronapandemie hat die Schwächen unseres Systems in diesem Bereich sowie den Handlungsbedarf offenbart.
Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in Friedrichshain-Kreuzberg Projekte in diesem Bereich finanziell stärker unterstützt werden. Darüber hinaus fordern wir für Berlin die Gründung eines Runden Tisches auf Landesebene aus Politik und Zivilgesellschaft und die Einführung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, welche sich auf alle Komplexitäten, welche physische sowie psychische Gewalt an Frauen mit sich bringen kann.
Friedrichshain Kreuzberg muss ein sicherer Ort für alle Bürger*innen sein. Egal ob auf dem Bahnhof, Nachts auf der Straße oder unter dem eigenen Dach. Deshalb fordern wir, dass in besonders betroffenen Bereichen Frauen niedrigschwellige Unterstützung erfahren können. Wir fordern hierfür eine unabhängige Ombudsperson.
Außerdem möchten wir für Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, Möglichkeiten schaffen, sich niedrigschwellig an Orten des täglichen Leben in den Kiezen bemerkbar machen und Hilfe zu erhalten zu können. Wir möchten ein Netzwerk von Stellen schaffen, an welchen Frauen ein Codewort nennen können, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und unkompliziert Hilfe anzufordern (bspw. in der Apotheke oder in Supermärkten und Drogerien). Dies soll von einer Öffentlichkeitskampagne begleitet werden.
Analog möchten wir erreichen, dass Frauen an den Orten des Nachtlebens, wie Bars, Restaurants oder Clubs, durch Nennung eines im Bezirk bzw. berlinweit vereinheitlichten Codeswortes unkompliziert Hilfe erhalten können – gerade im Nachts stark belebten Friedrichshain-Kreuzberg ist dies von großer Wichtigkeit.

AKTIVE INKLUSION

In Bezug auf Frauen mit Behinderungen – und auch Frauen/Familien mit behinderten Kindern – ist es wichtig, die Einrichtungen zugänglich zu gestalten, d.h. bauliche Barrierefreiheit herzustellen aber auch entsprechende Beratungsangebote für bspw. gehörlose Menschen, blinde/sehbehinderte Menschen oder auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen vorzuhalten. Deshalb fordern wir nicht nur die Sanierung der Spielplätze, sondern auch eine inklusionsgerechte Sanierung.
Gleiches gilt für Thema Frauen und Sport. Wir fordern, dass mehr Räume und Möglichkeiten geschaffen werden, wo Frauen Sport treiben können. Das schon lang geforderte bezirkliche Frauensportfest muss endlich umgesetzt werden! Aber auch hier gilt Inklusion mitzudenken und umzusetzen.

QUEER: QUEERES LEBEN IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zeichnet sich durch seine lebendige Vielfalt und unterschiedlichste Lebensentwürfe aus. Nicht zur Norm zu gehören gehört hier (fast) zur Norm. Daher ist der Bezirk Lebensmittelpunkt vieler queerer Menschen, die keinen heteronormativen Schemata entsprechen.
Wir setzen uns dafür ein, dass Friedrichshain-Kreuzberg als Ort der Offenheit und Vielfalt erhalten bleibt, gestärkt und ausgebaut wird. Queeres Leben soll grundsätzlich als Querschnittsthema aller Politikbereiche verstanden werden und in allen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden.
Symbolisch sichtbar werden soll diese Politik durch die Umbenennung des „Bürgeramts“ in „Bürger*innenamt“. Praktisch begleitet werden soll dieser Politikstil durch eine*n Beauftragte*n für queere Lebensweisen (analog zur Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, der*dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung oder der*dem Integrationsbeauftragten).
Die*der Beauftragte für queere Lebensweisen soll die Stärkung der Akzeptanz von queeren Menschen inner- und außerhalb der Bezirksverwaltung voranbringen. Dabei sollen nicht nur die Mitarbeitenden der Verwaltung in ihrer Kommunikation mit queeren Menschen geschult werden, sondern auch freie Träger und Netzwerke Unterstützung erhalten. Jugendämter und Bildungseinrichtungen sollen ihren Umgang mit queeren Kindern und Jugendlichen evaluieren und ihre Beratungs- und Hilfsangebote ausweiten und optimieren.

LEBENSRÄUME

Nur durch eine langfristige Finanzierung von queeren Projekten kann auch weiterhin die queere Vielfalt in Friedrichshain-Kreuzberg erhalten bleiben und die Sichtbarkeit von queeren Leben weiter erhöht werden. Vor allem muss die langfristige finanzielle Förderung von lesbischen, schwulen bi-, trans*- und intersexuellen Projekten und Vereinen erhöht werden, um so endlich die Sichtbarkeit und Akzeptanz dieser Personen zu erhöhen (z.B. bezirkliche Räume für queere soziale Projekte, Förderung von queeren Wohnprojekten oder Trans*Selbsthilfegruppen).

QUEERE GENERATIONENFÖRDERUNG STÄRKEN

Auch in der Jugendförderung müssen queere Projekte in unserem Bezirk einen sichtbaren Platz erhalten um jungen Menschen vor, während und nach ihrem Coming-Out eine ausreichende Unterstützung anbieten zu können. Dafür ist der Aufbau und die Förderung eines queeren Jugendzentrums ein erster Meilenstein. Parallel muss in einer immer älter werdenden Gesellschaft auch verstärkt die Situation und die Bedürfnisse von älteren queeren Menschen in den Blick der Politik genommen werden. Altersgerechter Wohnraum soll unterstützt werden und die Weiterbildung von Pflegepersonal im Umgang mit queeren Menschen gefördert werden.

LERN- UND SPORTSTÄTTEN WERDEN DISKRIMINIERUNGSFREI

Schulgebäude sollen im Rahmen einer planmäßigen Renovierung systematisch dahingehend überprüft werden, ob sie diskriminierungsfrei sind. Schul- und Sporthallenneubauten sollen um den Aspekt der Diskriminierungsfreiheit verpflichtend erweitert werden. Toiletten- und Umkleideräume sollen bautechnisch so gestaltet werden, dass sie diskriminierungsfrei genutzt werden können. Bei der Benennung von Schulen und Sportplätzen sollen, unter Berücksichtigung der Beteiligung der Nutzer*innen, queere Bezüge in besonderer Weise berücksichtigt werden.

VIELFÄLTIGEN SPORT ERMÖGLICHEN UND SICHTBAR MACHEN

Wir unterstützen das Voranbringen von Gleichwertigkeit, Vielfalt und das Bekämpfen von Diskriminierung im Sport. Jugend- und Sportangebote werden zu sicheren und inklusiven Räumen entwickelt. Gegen Diskriminierung muss entschieden vorgegangen werden. Sport soll konzeptionell so weiterentwickelt werden, dass er dazu beiträgt, lesbisch-, schwul-, bi-, trans*- und intersexuel-feindliche Strukturen abzuschaffen. Hierzu soll der Bezirk vorbildliche Beispiele verstärkt auszeichnen und Projekte strukturell und finanziell unterstützen.

CLUBLANDSCHAFT – QUEERE SCHUTZRÄUME UND WIRTSCHAFTSFAKTOR

Unsere Clubs in Friedrichshain-Kreuzberg bieten für viele Menschen Möglichkeiten zum Feiern und Ausgehen, sind aber in erster Linie wichtige Rückzugsräume und sogenannte „Safe Spaces“ (Schutzräume). Diese sind gerade für die queere Gemeinschaft sehr wichtig. Die vorhandenen Strukturen in unserem Bezirk müssen daher erhalten und neue Strukturen müssen geschaffen werden.
Die Club- und Feierlandschaft gehört zu Friedrichshain-Kreuzberg wie das Frankfurter Tor oder der Kotti. Wir wollen weiterhin Freiräume für Vielfalt und Akzeptanz ermöglichen. Berlin zählt jährlich rund 1,48 Mio. Clubtourist*innen. Die Clubs sind eine feste Größe von internationaler Bedeutung in der Kulturlandschaft der Hauptstadt, sodass deren Förderung und Unterstützung unabdingbar ist.
Für unsere Clubs sollen Sondernutzungen geeigneter öffentlicher Flächen unter freiem Himmel und unter Berücksichtigung der nachbarlichen Belange durch die Bezirksverwaltung geprüft und von dieser alle Möglichkeiten zur Erteilung von Genehmigungen ausgeschöpft werden. Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen sollen erleichtert und beschleunigt werden. Die Unterstützung der Clubs durch Wirtschaftsförderung des Bezirks und des Landes muss weiter vorangebracht werden und der Bezirk soll die Gewerbetreibenden dabei unterstützen, langfristige Mietverträge zu erhalten.

SICHERHEIT FÜR QUEERES LEBEN

Da die Übergriffe auf queere Personen in den letzten Jahren leider auch in unserem Bezirk weiter angestiegen sind, müssen deutliche Anstrengungen unternommen werden, um queere Menschen effektiver zu schützen.
Dafür müssen Projekte zur Gewaltprävention deutlich ausgebaut und mit einer langfristigen Finanzierung ausgestattet werden. Gleichzeitig bedarf es weiterer Unterstützung für Anlaufstellen von Gewaltopfern und eine nachhaltige Initiative um Angsträume von queeren Menschen zu verringern (z.B. durch eine*n Nachtbürgermeister*in).
Auch im Bereich des ÖPNV – wie Bushaltestellen, U-Bahnhöfen, etc. – finden oft Übergriffe auf queere Personen statt. Der Bezirk setzt sich dafür ein, durch geeignete Methoden und Projekte die Sicherheit für queere Personen im öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen.
Aufgrund der langjährigen und aktuell stark gestiegenen homophoben Stimmung in Polen soll die Partnerschaft mit Stettin intensiviert werden, verstärkter Austausch mit polnischen und deutschen queeren Initiativen soll gefördert werden, um die Solidarität zu stärken.

HAUSHALT UND VERWALTUNG

Sozialdemokratische Politik steht für einen aktiven, sozialen Staat und eine lebendige Demokratie. Dabei spielen starke Bezirke für uns eine entscheidende Rolle. Deshalb können wir es nicht akzeptieren, wenn leichtfertige politische Entscheidungen die Verwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg lähmen und den Bezirk seiner finanziellen Zukunft berauben.
Verantwortung zu übernehmen heißt für uns, sicherzustellen, dass unser Bezirk seinen Aufgaben gerecht werden kann und nachhaltig finanziert ist. Mit öffentlichen Geldern gehen wir sorgsam um, beenden teure Irrwege und setzen klare Prioritäten.

PERSONAL

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren gemeinsam mit dem Land damit begonnen, die Berliner Bezirke personell auf ein gesundes Fundament zu stellen. Diese Aufgabe ist aber bei weitem noch nicht abgeschlossen. In den kommenden Jahren geht ein Großteil der Mitarbeiter*innen unseres Bezirks in den Ruhestand. Dieser Teil des demografischen Wandels ist eine riesige Herausforderung. In den Berliner Bezirken wird ein großer Teil der sozialen und sonstigen Dienstleistungen für die Bevölkerung erbracht und unsere Bevölkerung wächst auch weiterhin. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine deutlich bessere Personalausstattung im Bezirksamt ein. Zudem werden wir noch mehr Ausbildungsplätze im Bezirksamt schaffen und jungen Menschen unterschiedlicher Herkunft in unterschiedlichen Berufen eine Perspektive im öffentlichen Dienst bieten.
Wir wollen das Personal in den Bezirksämtern auch besser schützen, sodass die Mitarbeiter*innen auch im Homeoffice arbeiten können und dies keine Auswirkungen auf die Bürger*innen haben wird.

VERWALTUNGSREFORM

Mit der neuen Legislaturperiode tritt auch die Verwaltungsreform für Berlin in Kraft. Mit exakteren, einheitlichen Strukturen werden über alle Bezirke hinweg die Aufgaben klar verteilt sein. Die Bezirke gewinnen mehr Freiheiten, bekommen aber auch mehr Verantwortung. Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten und umsetzen.

ÄMTER FÜR DIE BÜRGER*INNEN

Auch bedingt durch die Coronapandemie, wurden erneut die Schwachstellen in den Bürger*innenämtern und der Bezirksverwaltung deutlich. Die Digitalisierung im Bezirk muss weiter vorangetrieben werden. Wir setzen uns für eine moderne und bürgernahe Verwaltung ein. Kleine Behördengänge müssen endlich auch Online realisiert werden können. Durch bessere Online-Angebote sollen mehr Gänge zum Bezirksamt überflüssig werden. Darüber hinaus werden wir die Wartezeiten weiter verkürzen. Weniger Bürokratie und mehr Partnerschaft zwischen Verwaltung und Bürger*innen – das bleibt unser Ziel.

REKOMMUNALISIERUNG

Die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben hat sich vielfach als Irrweg erwiesen. Wir werden prüfen, in welchen Bereichen eine Kommunalisierung möglich ist. Bei der Schulreinigung haben wir erste, leider noch kleine Schritte in diese Richtung unternommen. Wir werden in den kommenden Jahren dieses Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss bringen

MISSWIRTSCHAFT BEENDEN: SCHWERPUNKTE SETZEN

Verantwortungsbewusste Haushaltspolitik setzt Rahmenbedingungen für ein seriöses und wirksames Verwaltungshandeln. Leider sind im Bezirksamt wichtige Aufgaben vernachlässigt worden. Dafür wurden jedoch für teure Symbolprojekte Mittel verschwendet.
Die Schaffung einer Vielzahl von Beauftragtenstellen ist ein Beispiel für die verfehlte Haushaltspolitik. Mit unklaren Aufgabenfeldern werden Parallelstrukturen zur eigentlichen Verwaltung geschaffen, die unnötiges Geld kosten. Die dafür eingesetzten finanziellen Mittel könnten für die Umsetzung realer Projekte in den Bereichen eingesetzt werden. Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit oder auch der Klimaschutz sind fest in unserem Bezirk verankert und benötigen keine eigenen Beauftragt*innen.
Wir setzen uns für bezirkliche Schwerpunkte bei der Haushaltsplanung in Friedrichshain-Kreuzberg ein. Dazu zählen die Sicherung und der Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit sowie der frühen Bildung, die Unterstützung der Sportvereine und des ehrenamtlichen Engagements, der Ausbau der Angebote der bezirklichen Bibliotheken sowie der Musikschule und der Volkshochschule. Wichtig sind auch Beratungs- und Unterstützungsangebote für besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise der Schuldner*innen- und Insolvenzberatung, der Mieter*innenberatung, der Beratung für kranke und behinderte Menschen sowie der Angebote zur Beratung, Bildung und Integration von Migrant*innen.
Bei den Neueinstellungen im Bezirksamt müssen die Bereiche mit besonders hohem Publikumskontakt mit Priorität behandelt werden, allen voran das Bürgeramt mit seinen drei Standorten.

WIRTSCHAFT STÄRKEN, ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN – FAIR UND SOLIDARISCH

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit einer dynamischen Wirtschaft. Seit Jahren setzt sich die SPD in unserem Bezirk erfolgreich dafür ein, dass Unternehmen, Handwerksbetriebe, Selbständige, Kreative und Start-ups gute Entwicklungsmöglichkeiten im Bezirk haben. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Anzahl an Unternehmen in Friedrichshain-Kreuzberg stark erhöht, das Wachstum liegt deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Rund 20.000 Unternehmen sind mittlerweile in Friedrichshain-Kreuzberg tätig.
In den vergangenen Jahren haben sich auch größere Unternehmen in Friedrichshain-Kreuzberg angesiedelt. Weitere werden in den nächsten Jahren folgen. Sie bringen unseren Bezirk wirtschaftlich voran und schaffen neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das Rückgrat der Wirtschaft im Bezirk bilden die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie machen unseren Bezirk für kreative Menschen attraktiv und bewähren sich mit modernen Produkten und Dienstleistungen.
Die gute wirtschaftliche Entwicklung ist bei vielen Bürger*innen angekommen. Das durchschnittliche monatliche netto Pro-Kopf-Einkommen hat sich an das Niveau von Gesamt-Berlin angepasst. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist stärker als in Gesamt-Berlin gewachsen und die Erwerbseinkommen liegen ebenfalls deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Dennoch bleiben die sozialen Herausforderungen groß: Die Arbeitslosenquote ging bis zum Ausbruch der Coronapandemie deutlich zurück, liegt aber immer noch über dem Berliner Landesdurchschnitt. Überdurchschnittlich viele Menschen sind in unserem Bezirk auf Grundsicherung angewiesen, darunter viele Kinder und alte Menschen. Menschen mit Migrationshintergrund haben deutlich weniger Einkommen zur Verfügung als Menschen ohne Migrationshintergrund. Gerade in Friedrichshain-Kreuzberg sind daher die sozialen Dienstleistungen und eine unterstützende Arbeitsmarktpolitik von besonderer Bedeutung. Wir wollen, dass alle Bürger*innen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren und im Bezirk gute Bildung, Ausbildung und Arbeit erhalten. Wir wollen eine solidarische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für unseren Bezirk.
Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die lokale Wirtschaft sind noch nicht absehbar. Das Gastgewerbe, Kunst und Kultur, Dienstleistungen, sowie Start-ups haben unter den Einschränkungen besonders gelitten. Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen haben daher oberste Priorität.
Die seit 2001 von der SPD verantwortete Wirtschaftsförderung hat einen großen Anteil an der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks. Dazu hat die enge Kooperation mit Partner*innen wie den Akteur*innen im Bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, dem Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein und dem Unternehmensservice von Berlin Partner beigetragen. Diese Partnerschaften wollen wir fortführen und ausbauen, um so die Voraussetzungen für eine nachhaltige positive Entwicklung der Wirtschaft in Friedrichshain-Kreuzberg zu schaffen.

GEWERBEFLÄCHEN ERHALTEN UND NEUE GEWERBEFLÄCHEN SCHAFFEN

Zur Schaffung von Arbeit durch Existenzgründungen, Neuansiedlungen und Unternehmenserweiterungen sind verfügbare Gewerbeflächen eine wichtige Voraussetzung. Die vielen kleinen Selbstständige, Läden, Handwerksbetriebe und kleine und mittelständische Unternehmen brauchen gute und bezahlbare Gewerbeflächen, eine moderne Infrastruktur und belebte und attraktive Kieze.
Wir wollen bestehende Gewerbeflächen erhalten und neue Flächen für Gewerbetreibende bereitstellen. Die typische „Berliner Mischung" aus Wohnen, Gewerbe und – gerade in Friedrichshain-Kreuzberg – Kultur wollen wir erhalten und auch in neu erschlossenen Arealen weiterführen, ein gutes Beispiel ist hier die Entwicklung des Dragoner Areals.
Wir wollen Erhaltungssatzungsgebiete ausweisen, in denen die Umwandlung von Gewerbe in Wohnen genehmigungspflichtig ist. Das von der Wirtschaftsförderung in Auftrag gegebene und unter Beteiligung aller wichtigen Akteur*innen erarbeitete Gewerbeflächenentwicklungskonzept und das auf diesem basierende Gewerbeflächenmanagement bieten eine gute Grundlage für die Sicherung und Entwicklung von Gewerbeflächen im Bezirk. Damit der Bezirk auch künftig ein attraktiver Standort bleibt, braucht es eine nachhaltige Liegenschaftspolitik. Vor der Neuansiedlung von Gewerbe wollen wir dafür Sorge tragen, die Verdrängung von bestehendem Kiezgewerbe zu verhindern.
Auf Bundes- und Länderebene machen wir uns dafür stark, dass Lösungen gegen steigende Gewerbemieten erarbeitet werden und unterstützen die Bundesratsinitiative des Landes Berlins zur Einführung einer Gewerbemietpreisbremse in angespannten Gewerberaumärkten.

START-UPS FÖRDERN, KLEINGEWERBE UNTERSTÜTZEN

Wir wollen dafür sorgen, dass unser Bezirk auch in Zukunft für klein- und mittelständische Unternehmen, für Selbstständige und Start-ups ein attraktiver Standort bleibt. Zahlreiche international erfolgreiche Start-ups sind in unserem Bezirk gegründet worden. Viele sind in Coworking Spaces untergekommen, die auch Selbstständigen einen Ort zum Arbeiten bieten.
Die Förderung von Existenzgründungen und beruflicher Selbstständigkeit ist gerade in Friedrichshain-Kreuzberg ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen ein breites Angebot an Förder- und Beratungsangeboten. In unserem Bezirk wollen wir dabei insbesondere das Kleingewerbe und Projekte unterstützen, die in die Nachbarschaft hineinwirken und soziale Fragen in den Blick nehmen. Für uns ist wichtig, dass die lokale Wirtschaft in Planungsverfahren im Bezirk eingebunden wird.
Bei unserem Bestreben die lokale Wirtschaft zu schützen und zu stärken, haben wir in der Europäischen Union (EU) eine starke Partnerin: beim Einwerben von EU-Mitteln zur Förderung der lokalen Wirtschaft nimmt Friedrichshain-Kreuzberg durch unsere

Arbeit einen Spitzenplatz unter den Bezirken ein. Wir sind erfolgreich darin, EU-Projekte und Fördermittel für den Bezirk zu gewinnen und werden weiterhin dafür sorgen, dass gute Ideen und sinnvolle Projekte hier im Bezirk stark gefördert werden.

ALS BEZIRK GUTE ARBEIT SCHAFFEN UND FÖRDERN

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg selbst ist ein wichtiger Arbeitgeber. Diese Rolle des Bezirks als Arbeitgeber wollen wir weiter stärken und ausbauen. Er soll seine kommunalen Aufgaben möglichst mit eigenem, sozialversicherungspflichtig beschäftigtem Personal erledigen und nicht an private Anbieter auslagern. Das stärkt auch die Qualität und Verlässlichkeit öffentlicher Dienstleistungen. Bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben wollen wir sicherstellen, dass hohe Arbeits- und Umweltstandards angelegt werden. So schützen wir Unternehmen und Selbstständige vor Dumpingangeboten.

BEI GROSSPROJEKTEN DIE BEDÜRFNISSE IM BEZIRK BERÜCKSICHTIGEN

Großprojekte wie der Neubau von Karstadt am Herrmannplatz oder die Niederlassung großer Unternehmen im Bereich MediaSpree sind wichtig für Wirtschaft und Arbeitsplätze im Bezirk. Wir wollen, dass Großprojekte in unserem Bezirk erfolgreich umgesetzt werden. Sie sorgen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze und stärken die Kaufkraft.
Mit Auflagen im Genehmigungsverfahren und einer umfangreichen Beteiligung von Bürger*innen wollen wir dabei dafür sorgen, dass auch die Breite des Bezirks von Großprojekten profitiert. Soziale Kriterien müssen hier ebenso einen bedeutenden Stellenwert einnehmen. Auflagen können sich zum Beispiel auf die Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Beteiligung an arbeitsmarktpolitischen Programmen bspw. zur Integration von Langzeitarbeitslosen aus dem Bezirk, die Kooperation mit lokalen Unternehmen, Investitionen in die Infrastruktur, den Erhalt öffentlichen Raums oder die Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen beziehen. Für uns ist wichtig, dass die lokale Wirtschaft in Planungsverfahren eingebunden wird.

DIE VERBINDUNG VON SCHULE UND WIRTSCHAFT STÄRKEN

Eine leistungsstarke Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte. Die schulische und berufliche Ausbildung im Bezirk wollen wir besser verzahnen. Die Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung wollen wir stärken. Mit den Projekten „Schule-Betriebe-interaktiv“ und „Jobentdecker“ in Trägerschaft des Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmer*innenvereins haben wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen sowie Klein- und Kleinstunternehmen gestärkt, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen und passgenau zu besetzen. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wollen wir ausbauen und eine dauerhafte Koordinierungsstelle zwischen Schule und Wirtschaft einrichten. Sie soll den Bedarf der Unternehmen in Bezug auf Qualifikationsanforderungen ermitteln und gemeinsam mit den Schulen passgenaue Angebote entwickeln. Sie soll Angebote für lebenslanges Lernen bereitstellen und die Weiterbildung von Menschen in unserem Bezirk fördern.

FÜR EINEN GUTEN ÜBERGANG VON DER SCHULE IN DAS ARBEITSLEBEN

Unser Ziel ist, dass allen jungen Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg ein guter Übergang von der Schule in das Arbeitsleben gelingt. Die Jugendberufsagentur steht jungen Menschen im Bezirk beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung und Arbeit zur Seite. Sie bündelt die Angebote der Agentur für Arbeit, des Senats und der Bezirke für junge Menschen unter einem Dach. Wir wollen darauf achten und weiterhin unseren Beitrag dazu leisten, dass jungen Menschen in der Jugendberufsagentur alle nötigen Informationen, Beratungs- und Vermittlungsleistungen, sozial-integrative Hilfen und Förderungen bekommen, die sie für einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung und Arbeit brauchen. Wir wollen gerade die kleinen Unternehmen dazu motivieren auch auszubilden und dies mit unterstützenden Angeboten fördern. Jeder junge Mensch soll eine berufliche Ausbildung abschließen können.

NACHHALTIGEN TOURISMUS ORGANISIEREN UND GASTRONOMISCHE MONOKULTUREN VERHINDERN

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unseren Bezirk. Er führt aber auch zu Problemen und muss deswegen gesteuert werden. Eine flächendeckende Orientierung des Gewerbes auf touristische Bedürfnisse droht ganze Kieze nachhaltig zu verändern. Alteingesessene Betriebe, die einen wichtigen Beitrag für wohnortnahe Versorgung leisten und unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Struktur ihres Kiezes sind, dürfen nicht verdrängt werden. Anwohner*innen vor allem in besonders beliebten Straßen müssen vor nächtlichem Lärm, Vermüllung und Kriminalität in den Abend- und Nachtstunden geschützt werden. Nach dem Vorbild von Städten wie Amsterdam und Mannheim wollen wir daher – zunächst auf Basis eines Modellprojekts und zeitlich befristet – eine*n Nachtbürgermeister*in für Friedrichshain-Kreuzberg einführen. Diese*r ist Ansprechpartner*in für Gewerbetreibende von Bars, Kneipen, Clubs und Hotels sowie Tourist*innen auf der einen Seite und den Anwohner*innen auf der anderen Seite und vermittelt in Konfliktfällen. Wir wollen deshalb die strikte Anwendung bau- und planungsrechtlicher Instrumente, um die Entwicklung wirtschaftlicher Monostrukturen verhindern zu können, z.B. durch Einsatz des §15 Baunutzungsverordnung in Wohngebieten. Wir setzen uns zudem für einen Baustopp für weitere touristische Unterkünfte ein und wollen eine Verstärkung der Kontrollen zur Aufdeckung illegaler Ferienvermietungen in Wohngebäuden.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSWIRTSCHAFT UND GEMEINWOHLORIENTIERTE UNTERNEHMEN FÖRDERN

Viele Bürger*innen in unserem Bezirk sind auf gute Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen angewiesen, von der vor- und nachgeburtlichen Versorgung bis zur Altenpflege. Wir wollen ein breites, vielfältiges und bezahlbares Angebot an Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. In der bezirklichen Arbeit und Planung soll der wohnortnahen Entwicklung dieser Wachstumsbranche eine besondere Bedeutung zukommen. Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen sind ein wichtiger Anbieter von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und tragen zur Attraktivität des Bezirks bei. In den letzten Jahren sind zunehmend innovative gemeinwohlorientierte Unternehmen entstanden, die unterschiedliche Produkte herstellen bzw. Dienstleistungen anbieten. Diese Unternehmen wollen wir besonders fördern. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Entstehung guter Arbeit und nachhaltigen Wachstums.

NEUE PERSPEKTIVEN BEI LANGER ARBEITSLOSIGKEIT

Für viele Menschen ist es aufgrund verschiedener Einschränkungen faktisch unmöglich einen ungeförderten Arbeitsplatz zu finden. Sie haben trotzdem ein Recht, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft verdienen zu können. Daher hat sich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg auch an dem landesweiten Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen beteiligt und so Menschen ohne Arbeit neue Perspektiven mit einer dauerhaften, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung eröffnet.
Auch in Zukunft muss der Bezirk in der Trägerversammlung des JobCenters darauf hinwirken, dass alle passenden Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung für die Menschen im Bezirk genutzt werden. Wir wollen, dass zusätzliche gemeinwohlorientierte Tätigkeiten im Bezirk auch im Rahmen von geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erbracht werden können, zum Beispiel im Bereiche der Pflege von öffentlichen Anlagen, in Kitas, Schulen oder sozialen Einrichtungen.

GLEICHE CHANCEN – AUCH MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Viele Bürger*innen in Friedrichshain-Kreuzberg haben einen Migrationshintergrund. Die Vielfalt macht Friedrichshain-Kreuzberg besonders attraktiv. Unsere bezirkliche Wirtschaft und unser Arbeitsmarkt profitieren von den vielen Verbindungen, Einflüssen und Potenzialen aller Bürger*innen. Viele Bürger*innen mit Migrationshintergrund erleben aber auch Probleme und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen in allen Bereichen der bezirklichen Arbeit darauf hinwirken, dass Bürger*innen mit Migrationshintergrund nicht benachteiligt werden und gleiche Chancen auf Ausbildung und Arbeit haben. Besondere Anstrengungen sind notwendig, um geflüchteten Menschen neue Perspektiven zu geben. Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, die deutsche Sprache zu lernen, Qualifikationen anerkennen zu lassen, zu ergänzen oder zu erwerben und einer qualifizierten Arbeit nachzugehen.

CLUBKULTUR: CLUBSTERBEN VERHINDERN – FREIRÄUME ERHALTEN!

Ziel der SPD Friedrichshain-Kreuzberg ist es, die Clubkultur bzw. Clubszene in Berlin und insbesondere in Friedrichshain-Kreuzberg zu erhalten und zu unterstützen. Wir wollen vermeiden, dass diese kulturelle Gemeinschaft Opfer von Gentrifizierung, Bauprojekten, steigenden Mieten, erhöhtem Kapitaldruck und erhöhter Steuerlast oder den wirtschaftlichen Schäden der Corona-Krise wird.
Der Konkurrenzdruck schnelllebiger, kommerzieller Angebote auf die Berliner Clubszene ist, insbesondere auch in Friedrichshain-Kreuzberg, hoch. Diese Konkurrenzangebote, die oft nicht lange Bestand haben, können nicht den kulturellen Mehrwert leisten, den die tradierte Clubszene zu leisten vermag, aber haben das Potenzial, aufgrund ihrer Geschäftsmodelle die Clubkultur zu verdrängen.

SOZIALE BEDEUTUNG DER CLUBKULTUR

Hinter den Clubs steht, anders als es bei Diskotheken der Fall ist, eine Gemeinschaft bzw. Szene, welche durch ihre charakteristische Individualität, ihre Offenheit für und Förderung von individuellen Lebensentwürfen, ihre Vielfältigkeit und Experimentierfreudigkeit, eine neue tolerante, progressive, antirassistische, queere und feministische Kultur geschaffen hat.
So sind die Clubs, egal welcher Musikrichtung, mehr als nur Vergnügungsstätten für Tanz- und Feierwütige, sie sind oft sogenannte Safe Spaces, in welchen sich alle Anhänger*innen und insbesondere auch Mitglieder oft marginalisierter Gruppen sich frei und geschützt bewegen können. Clubs geben ihnen die Möglichkeit, den Alltag hinter sich zu lassen und auf Zugehörigkeit sowie Ihresgleichen zu treffen. So verstehen sich drei Viertel aller Clubs in Berlin als Schutzräume für marginalisierte Gruppen.
Die Clubkultur belebt und propagiert einen Ansatz des Miteinanders, des Respektes und der Solidarität, welcher nicht nur auf den eigenen Kosmos angewendet, sondern auch nach außen getragen wird. So bieten viele Clubs auch politischen Aktivitäten eine Bühne, sei es durch organisierte Veranstaltungen oder eigene politische Aktivitäten. Ganze 92% aller Clubs/Veranstalter*innen in Berlin geben an, politisch aktiv zu sein.
Gerade vor dem Hintergrund des Erstarkens rechtskonservativer Kräfte bildet die Clubkultur, insbesondere in der Hauptstadt sowie in einem ihrer bekanntesten Bezirke, eine wichtige Gegenkultur sowie ein bedeutendes politisches Gegengewicht.

WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER CLUBKULTUR

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg erkennt die starke Bedeutung der Berliner Clubkultur an. Die Berliner Clubkultur ist weltweit bekannt und wirkt wie ein starker Magnet für Menschen aus aller Welt. Die Clubkultur ist somit ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor für Berlin. Clubtourist*innen bescheren der Stadt Umsätze von 1,48 Milliarden Euro pro Jahr, über 9000 Beschäftigte sind in Berliner Clubs angestellt.
Die Berliner Clubkultur prägt den einzigartigen Charakter der Stadt, bietet Raum für Vielfalt, ist internationales Standortmerkmal für die Wirtschaft und die Sozialgesellschaft und Speerspitze einer progressiven Bewegung. Ein Wegsterben der Clubszene käme einem kulturellen Ausverkauf der Stadt und unseres Bezirks gleich.
Neben kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Vorteilen bietet die Clubkultur und -Szene auch langfristige Vorteile für die Stadt und somit den Bezirk als wirtschaftlichem Standortfaktor: Schon heute zieht es Unternehmer nach Berlin, welche gerade die junge, individuelle, kreative und energievolle Bevölkerung im Blick haben. Unser Bezirk weist eine besonders hohe Dichte an Musikspielstätten auf.

Dafür setzen wir uns ein:

- Massive Erhöhung des Schallschutzfonds, um Konflikte zwischen der Anwohnerschaft und Clubbetreiber*innen zu verhindern.
- Die TA Lärm muss so angepasst werden, dass ein geregeltes und gesetzessicheres Nebeneinander von Kultur und Wohnen in der Stadt möglich wird. Dafür sollen u.a. die Messpunkte in das Wohnungsinnere verlagert werden. Ein mögliches Instrument dafür können die doppeltes Anführungszeichen „Hamburger Fenster" sein.
- Umsetzung des „Agent of change-Prinzips", das die Verantwortung für die Abschwächung der Auswirkungen von bestehenden lärmerzeugenden Aktivitäten oder Nutzungen auf die neu geplante lärmsensitive Nutzung verlagert.
- Neue Entwicklungen sollten so gestaltet sein, dass etablierte lärmerzeugende Veranstaltungsstätten rentabel bleiben und ohne unangemessene Einschränkungen weiter bestehen oder wachsen können.
- Projektentwickler neuer Wohngebiete sollen zukünftig bereits in einer frühen Planungsphase Minderungsmaßnahmen ausarbeiten (Planungsverpflichtung), die die bestehenden lärmerzeugenden Nutzungen in der Umgebung berücksichtigen.
- Kuratierte Musikspielstätten erkennen wir als Kultureinrichtungen an.
- Bauplanungsbehörden sollen Entwicklungsvorschläge ablehnen, die nicht eindeutig aufzeigen, wie Lärmauswirkungen gemildert und gemanagt werden.

KULTUR UND BILDUNG

In den vergangenen fünf Jahren ist es uns gelungen, die Vielzahl im Bezirk verankerten kulturellen Einrichtungen zu halten und weiterhin zu unterstützen. Insbesondere in einer Zeit nach der Coronapandemie sehen wir es als eine besonders wichtige Aufgabe, diese auch in die Zukunft zu unterstützen und das Angebot unter keinen Umständen zu reduzieren. Ob das Ballhaus Naunynstraße, die Galerie im Turm am Frankfurter Tor, dem Projektraum in der Alten Feuerwache Friedrichshain und dem Kunstraum Kreuzberg im Bethanien: Es ist unser langfristiges Ziel, diesen so wichtigen bezirklichen Institutionen eine Absicherung und Ausweitung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Das Friedrichshain-Kreuzberg-Museum (FHXB) ist von zentraler Bedeutung in der Museums- und Kulturlandschaft des Bezirks. Seine Mitarbeiter*innen leisten herausragende Arbeit. Wir wollen sie weiterhin tatkräftig unterstützen. Seit Jahren ist allen bewusst, der Standort am Kottbusser Tor ist zwar sehr zentral gelegen, bietet aber beim besten Willen nicht den Raum, den das Museum für all seine Aktivitäten bräuchte. Wir wollen daher in der nächsten Legislaturperiode den Prozess der Erweiterung unterstützen und die Findung eines neuen Standortes beschleunigen. Eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des Museums muss für die weitere Zukunft gewährleistet sein. Auch die erfolgreiche Arbeit der Gedenktafelkommisson in Verbindung mit dem FHXB muss in Zukunft weitergeführt werden.

Besonders in der Südlichen Friedrichstadt liegen Einrichtungen, die zu den meistbesuchten in Berlin gehören: das jüdisches Museum, die Topografie des Terrors, der Martin-Gropius-Bau, das Deutsche Technikmuseum oder die Berlinische Galerie. Sie gehören nicht dem Bezirk, werden aber von uns unterstützt, zum Beispiel bei Entscheidungen zur Stadtplanung und bei der Akquisition von Drittmitteln.
Aber auch das neu geplante Exilmuseum Berlin am Anhalter Bahnhof hat unsere volle Unterstützung.

Zudem setzen wir uns für die Kulturstätten im Bezirk ein, die institutionell nicht an das Bezirksamt angeschlossen sind. Eine Vielzahl von Kulturstätten von sehr unterschiedlicher Größe und Bedeutung ist über den ganzen Bezirk verteilt. Neben den oben genannten Museen seien nur genannt: Museum der Dinge/Werkbundarchiv, Tiyatrom, Radialsystem V, Computerspielemuseum und über 100 private Galerien. Beispielhaft sind auch der Verein „Kulturraum Zwinglikirche“ im Rudolfkiez und das Jugendwiderstandsmuseum Galiläakirche.

KÜNSTLER*INNEN

Wir vergessen nicht, wem die lebendige Kulturszene in unserem Bezirk zu verdanken ist: Einige tausend Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg sind hauptberuflich, nebenberuflich oder ehrenamtlich im Bereich Kultur tätig. Ihr Engagement werden wir weiter fördern und unterstützen.
Insbesondere werden wir alles dafür tun, dass ihre Tätigkeiten trotz des gestiegenen Verdrängungsdrucks und der horrenden Mietpreise weiterhin im Bezirk eine Heimat finden.

Darüber hinaus wollen wir die Mittel für den Bezirkskulturfond weiter erhöhen. Jedes Jahr gehen hunderte von Bewerbungen beim Bezirk ein, und nur ein Bruchteil kann finanziell unterstützt werden. Diese Arbeit wollen wir weiterhin unterstützen und stärken. Nur so kann diese Vielfalt auch langfristig erhalten bleiben.

BIBLIOTHEKEN

Die Entscheidung ist gefallen. Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) wird in der kommenden Wahlperiode am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) gebaut. Wir haben uns lange für diesen Standort eingesetzt und werden die Realisierung konstruktiv begleiten.

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig unsere bezirkseigenen Bibliotheken für die Menschen sind. In den letzten Jahren haben wir die Ausweitung digitaler Angebote deutlich vorangetrieben. Dieses wollen wir auch in den kommenden Jahren tun. Sichtbarste Zeichen erfolgreicher sozialdemokratischer Kulturpolitik sind die interkulturelle Familienbibliothek am Kottbusser Tor und die Bezirkszentralbibliothek in der Frankfurter Allee, deren Angebot von einer wunderbaren Vielfalt geprägt ist. Mit einer Erhöhung der finanziellen Mittel für die Anschaffung neuer Bücher und anderer Medien haben wir in den vergangen fünf Jahren die Arbeit deutlich gestützt. Hier ist aber noch mehr möglich, und wir wollen weiterhin mehr Geld hierfür in die Hand nehmen. Des Weiteren wollen wir in den kommenden Jahren insbesondere bei den Öffnungszeiten Verbesserungen erreichen. Vorrangig wäre eine Ausweitung der Öffnungszeiten am Wochenende und in den Randstunden.

MUSIK- UND VOLKSHOCHSCHULEN

Unser Leitbild bleibt die „Kulturelle Bildung für alle“ durch Ausschöpfen aller erreichbaren Ressourcen, vor allem in Musikschule und Volkshochschule.
In der Zeit der Coronapandemie ist allerdings auch sehr deutlich geworden, wie fragil diese Angebote sind und wie schnell es zu einem fast vollständigen Erliegen der Angebote geführt hat. Sowohl für die Kursteilnehmer als auch das Lehrpersonal hatte dieses extreme Auswirkungen. Insbesondere die Honorarkräfte an der Volkshochschule und der Musikschule mussten um ihre Existenz bangen. Hier dürfen wir uns nicht auf den Erfolgen der letzten Wahlperiode ausruhen. Es ist unser langfristiges Ziel, dass das gesamte Lehrpersonal die Option auf eine Festanstellung erhält.

Die Arbeit der Musikschule und der Volkshochschule leidet aber auch unter einer zu geringen Verfügbarkeit von Räumen, um ihr Angebot weiter ausweiten zu können. Wir betrachten die Erfahrungen mit digitalen Lehrangeboten aus der Coronapandemie als Chance! In Bereichen, in denen es die Kurse aus didaktischer Sicht zulassen, wollen wir eine Verbreiterung des Angebotes im digitalen Raum. So kann es zu einer Ausweitung kommen, ohne dass hierfür zusätzliche Räume notwendig sind.

GEDENKARBEIT

Für die SPD Friedrichshain-Kreuzberg ist Kultur auch Gedenkarbeit, denn auch das gemeinsame Erinnern baut Brücken und stärkt die demokratische Kultur in unserem Bezirk.
Seit Langem unterstützen wir die Arbeit rund um den Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain. Wir wollen daran mitarbeiten, die Pläne zur Errichtung eines Besucherzentrums für den Friedhof der Märzgefallenen zu realisieren und unterstützen dieses Vorhaben auch auf der bezirklichen Ebene. Der Ort, der für die Berliner Opfer der Revolution von 1848 errichtet wurde, ist als authentischer Ort der Demokratiegeschichte und Bildungsstätte von bundesweiter Bedeutung. Als dezentrale Gedenkorte leisten Stolpersteine einen wichtigen Beitrag zum Gedenken im Bezirk. Sie führen uns täglich vor Augen, welche Verantwortung wir alle haben, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einzutreten. Wir werden sicherstellen, dass die Finanzierung der Verlegung neuer Stolpersteine auch weiterhin vom Bezirksamt übernommen wird.

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit einer langen Geschichte, die auch mit der Rolle Berlins als preußische Hauptstadt eng verbunden ist. Dieses spiegelt sich auch in der Namensgebung von Straßen nach Generälen und Schlachten aus der Zeit der antinapoleonischen Kriege (1813-1815) wider. Die Namen des sogenannten Generalszuges und das Denkmal auf dem Kreuzberg sind Zeugnisse unserer Bezirksgeschichte. Es wäre ein Fehler diese mit den Namen verbundene Geschichte aus dem Straßenbild einfach zu verdrängen. Eine öffentliche Diskussion über diese Namen, die damit verbundene Geschichte und der aus den antinapoleonischen Kriegen hervorgegangene Nationalismus ist aber definitiv notwendig, insbesondere vor dem Hintergrund des 200-jährigen Jubiläums 2021 des Nationaldenkmals im Viktoriapark. Die Diskussion und der historische Hintergrund soll dann in Zusammenarbeit mit dem Friedrichshain-Kreuzberg Museum im Straßenbild für alle Friedrichshain-Kreuzberger*innen nachvollziehbar dargestellt werden.

Wir unterstützen die berechtigten Forderungen nach Umbenennung von Straßen, durch deren Namen fortlaufende Diskriminierung stattfindet, oder bei denen an der Würdigung der Namensgeber erhebliche Zweifel bestehen. Gerade weil wir eine kritische Auseinandersetzung mit den im Berliner Straßenbild verewigten Namen befürworten, lehnen wir eine pauschale Streichung aller Namensgebungen mit militärischem Bezug ab.

Darüber hinaus halten wir an dem Grundsatzbeschluss fest, neue Straßen und Plätze vorrangig nur nach verdienten Frauen zu benennen.
Auf dem Tempelhofer Feld wollen wir einen dauerhaften Gedenk- und Lernort zur NS-Geschichte unter Einbezug des aktuellen Forschungsstandes errichten. Dieser Ort umfasst das Gebäude des ehemaligen Flughafens , das Dach des Gebäudes und die Freiflächen. Nur in dieser Einheit lässt sich der im NS stattgefundene Terror an diesem Ort vermitteln. Insgesamt soll es eine Bestandsaufnahme „Orte des NS in Friedrichshain-Kreuzberg“ geben und Erinnerungsorte für alle Altersgruppen sichtbar und erlebbar gemacht werden.

GEGEN RECHTS

KEIN MILLIMETER NACH RECHTS

Es ist kein Platz in Friedrichshain-Kreuzberg für Rassismus, Rechtsextremismus, Hass und Gewalt. Wir verteidigen die solidarische Gesellschaft.
Rassismus verkennt und leugnet, dass bestimmte Probleme wie beispielsweise der verschlechterte Zugang zu Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die Unfähigkeit, eigene Interessen und Ziele zu artikulieren und zu verfolgen, mehr mit der sozialen Situation als mit ethnischer Zugehörigkeit zu tun haben. Als Sozialdemokrat*innen bekämpfen wir mit allen demokratischen Mitteln solche Tendenzen sowie jede Art von Rassismus, von Ausgrenzung und Stigmatisierung sowie alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
Wir Sozialdemokrat*innen lassen die Gesellschaft nicht spalten und gesellschaftliche Gruppen, die solidarisch und gemeinsam an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten könnten und sollten, gegeneinander aufhetzen. Dies widerspricht unserer Auffassung einer gleichberechtigten und solidarischen Gesellschaft, unserem Verständnis von freiheitlich demokratischer Grundordnung. Unser Ziel ist stärkeres Bewusstsein gegen Rassismus zu schaffen und die von Diskriminierungen betroffenen Gruppen besser zu schützen.

Für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in Friedrichshain-Kreuzberg wollen wir

- die Kooperation mit antirassistischen Initiativen und Betroffenenorganisationen stärken und Raum für deren Forderungen schaffen;
- den Widerstand gegen jegliche Formen des Rechtsextremismus im Bezirk unterstützen;
- die Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg langfristig finanzieren;
- die Jugend- und Kulturprojekte sowie Präventionsprojekte in den Schulen mit demokratiestärkendem Ansatz fördern.

Wir wollen Opfern von rechtsextremer Gewalt Schutz, Hilfe und Perspektive geben. Das Land Berlin hat mit dem Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt eine Möglichkeit geschaffen, diesen konkret zu helfen. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg wird sich dafür einsetzen, dass in unserem Bezirk die Mittel aus dem Fonds genutzt werden. Wir werden bestehende und innovative Projekte in der Opferarbeit unterstützen, sodass sich betroffene Menschen und Organisationen nicht alleingelassen fühlen.
Religion und Religionsgemeinschaften: Unser Bezirk ist auch religiös vielfältig. Wir sind für die Gleichbehandlung und Gleichwertigkeit der Religionen sowie humanistischer Weltanschauungen und weltlicher Einstellungen. Religiöse Überzeugungen und Traditionen dürfen keine Begründung für die Einschränkungen der Menschenrechte, Freiheiten und Lebensweisen der Menschen sein. In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es keinen Platz für religiösen Fundamentalismus.

SPD
FRIEDRICHSHAIN-
KREUZBERG

SPD
FRIEDRICHSHAIN-
KREUZBERG

Kontakt

SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

kreis-friedrichshain-kreuzberg@spd.de spdxhain spdxhain spdxhain

Wir sehen uns im Kiez

HERZENSSACHE FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

www.spd-friedrichshain-kreuzberg.de

ViSdP: Marie Scharfenberg und Henry Marx (Kreisvorsitzende), SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Wilhelmstraße 141, 10961 Berlin

Fotografie: Sebastian Forck